



Lenins Kampf gegen den Stalinismus

Letzte Briefe
und Aufzeichnungen

3,- DM

Mit einer Einleitung
von Alan Woods

Reihe marxistische Studien

Die vorliegende Broschüre mit Lenins letzten Briefen und der Einleitung von Alan Woods wurde zuerst im April 1970 anlässlich des 100. Geburtstages von Lenin veröffentlicht. Damals war erst ein kleiner und zensierter Teil dieser Briefe auf englisch erhältlich, und Alan Woods mußte vieles aus dem russischen Original übersetzen.

Der Text wurde von Dave Hollis ins Deutsche übersetzt.

Herausgeber: VORAN, Zeitung der Marxisten in der SPD
VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 45 04

Vorwort

Jahrzehntelang haben sich die stalinistischen Diktaturen zu Unrecht auf die Begründer des Sozialismus einschließlich Lenin berufen. Selbstherrlich wurde verkündet, man befände sich bereits auf dem Weg zum „Kommunismus“. Doch die Realität sieht heute anders aus – und von der Selbstherrlichkeit ist wenig geblieben. Seit den 80er Jahren befindet sich die bürokratische Planwirtschaft in einer Dauerkrise, die sich laufend verschärft. Das verstärkte in der herrschenden Schicht im Ostblock die Zweifel, ob sie mit den Methoden der bürokratischen Planung von oben ihre privilegierte Stellung weiter sichern könnten. Denn ohne Fortschritte im Lebensstandard auch für die Arbeiterklasse – oder gar Angriffe auf frühere Verbesserungen – wird sich die Bevölkerung früher oder später gegen die brutale Herrschaft der privilegierten Staatsmafia auflehnen.

Bei seinem Machtantritt rechtfertigte Gorbatschow die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente noch durch den Vergleich mit der Neuen Ökonomischen Politik Anfang der 20er Jahre. Damals war diese Politik notwendig, um eine völlig zerstörte Wirtschaft ohne nennenswerte Industrie wieder in Gang zu setzen – als Voraussetzung um überhaupt mit dem geplanten Aufbau einer modernen Wirtschaft beginnen zu können. In den 80er Jahren bedeutete diese Politik, in eine hochentwickelte Wirtschaft zur bürokratischen Fehlplanung das Chaos der ungelentkten Marktwirtschaft hinzuzufügen.

Gorbatschows Politik war bereits eine Anleihe beim Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse, denn sie bedeuteten Inflation und beginnende Arbeitslosigkeit. Das Regime führte Reformen von oben ein, um die drohende Revolution von unten zu verhindern. Die dadurch betriebene Auflösung der stalinistischen Wirtschaftsplanung vergrößerte jedoch lediglich das Chaos und den Mangel an Konsumgütern. Gleichzeitig wurde die Spaltung und Unsicherheit der herrschenden Schicht für die Arbeiterklasse und die unterdrückten Nationalitäten deutlich. Das Regime stand also sehr schnell wieder vor dem gleichen Problem – allerdings in verschärfter Form: weiterer Verfall der Wirtschaft und wachsende Massenbewegungen.

Als der Ostblock 1989 von Revolutionen erschüttert wurde, war den meisten der Herren Bürokraten klar, daß sich die arbeitende Bevölkerung nicht mehr mit den alten Methoden unterdrücken ließ. Anscheinend gelingt es den Kapitalisten im Westen besser, ihren Reichtum und ihre politische Macht zu sichern. „Sozialismus“ hatte für die Herrschenden im Osten ausgedient. Damit entfiel für sie auch die Notwendigkeit, einen Kult um die Begründer des Sozialismus zu veranstalten.

Jedoch entspricht weder der frühere Kult um Lenin, noch seine heutige Verurteilung seinen Ideen und seiner Politik. Die enormen Privilegien der herrschenden Schicht, die Terrorherrschaft Stalins und seiner Nachfolger, die rücksichtslose Unterdrückung der nationalen Minderheiten sind das Gegenteil vom Programm der Bol-

schewiki während der Oktoberrevolution. Fast alle prominenten Führer der Oktoberrevolution sind den Säuberungen Stalins bis zu den Schauprozessen in den 30er Jahren zum Opfer gefallen. Die Errichtung dieses Regimes und die Zerstörung der Traditionen der Oktoberrevolution wurden gegen den erbitterten Widerstand Lenins durchgesetzt, wie wir mit dieser Broschüre und den abgedruckten Schriften Lenins zeigen wollen.

Redaktion VORAN, Köln, im Juni 1991

Lenins Kampf gegen den Stalinismus

von Alan Woods

Die folgenden Briefe sind im Zeitraum von Dezember 1922 bis März 1923 geschrieben worden. Für Lenin war dies die letzte Zeit des aktiven, politischen Lebens. Er kämpfte bereits gegen eine schmerzhaftes Krankheit, die ihn zunehmend arbeitsunfähig machte. Wie schwierig das Schreiben für Lenin war, sieht man an der Kürze dieser Notizen. Oft konnte er für längere Zeit nicht schreiben, weil es seine körperliche Verfassung nicht zuließ.

Doch trotz ihrer gedrängten Natur zeugen diese Briefe vom völligen Verständnis Lenins von der im Staat und in der Partei entstandenen Lage. Einschließlich seiner letzten Artikel („Tagebuchblätter“, „Über das Genossenschaftswesen“, „Über unsere Revolution“, „Wie wir die Arbeiter- und Bauern-Inspektion reorganisieren sollen“ und „Lieber weniger aber besser“) stellen sie ein fertiges Programm für den Kampf gegen die bürokratische Entartung dar.

In dem letzten Zeitabschnitt seines aktiven Lebens war Lenin in erster Linie mit den Problemen der sowjetischen Wirtschaft unter der Neuen Ökonomischen Politik (N.E.P.) beschäftigt. 1921 wurde der Arbeiterstaat durch den Druck von Millionen Kleinbauern gezwungen, den Aufbau der Planwirtschaft und die Industrialisierung zurückzustellen, um Getreide für die hungernden Arbeiter in den Städten zu beschaffen. Zur Beschwichtigung der Bauern wurde die alte Praxis aus dem Bürgerkrieg aufgegeben, Getreide zu beschlagnahmen. Die Unterstützung der Kleinbauern war nötig, wenn der Arbeiterstaat nicht unter der Reaktion zusammenbrechen sollte. Ein freier Markt für Getreide wurde wieder eingerichtet und es gab Zugeständnisse an die Kleinbauern und Kleinhändler, während die Haupthebel der wirtschaftlichen Macht (die verstaatlichten Banken, die Schwerindustrie, das Außenhandelsmonopol) in den Händen des Arbeiterstaats blieben.

In erster Linie wurden die Bolschewiki zu diesem Rückzug gezwungen, weil sich die Revolution und Machtübernahme der Arbeiter in Europa verzögerte und ihnen nicht zur Hilfe kam. Seit 1905 hatte Lenin vielfach wiederholt, daß die Bolschewiki ohne solche Hilfe die Staatsmacht nicht verteidigen könnten. Rußland war damals

von Rückständigkeit, Analphabetentum und materieller und kultureller Verarmung geprägt. Die Aufgabe der Bolschewiki bestand also noch nicht darin, eine sozialistische klassenlose Gesellschaft zu erschaffen, sondern Millionen vor dem Hungertod zu retten, eine zerstörte Wirtschaft wiederaufzubauen und das Land mit Häusern und einfachen Schulen zu versorgen, d.h. Rußland auf das Niveau des zwanzigsten Jahrhunderts zu hieven.

Sozialismus bedeutet eine Entwicklung der Produktivkräfte zu einer Höhe, die noch nie in irgendeiner früheren Gesellschaft erreicht worden ist. Nur wenn der Zustand allgemeinen Mangels und allgemeiner Armut ausgelöscht ist, kann sich die Menschheit mit weitergehenden Dingen beschäftigen als der Plackerei des täglichen Überlebenskampf. Die Bedingungen für ein solche Umwälzung sind schon heute in der Welt vorhanden. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit können wir wirklich sagen, daß keiner mehr zu hungern, obdachlos oder ungebildet zu sein bräuchte.

Das Potential ist in der Wissenschaft, der Technik und der Industrie vorhanden. Es wurde durch die Entwicklung des Kapitalismus selbst erschaffen, obgleich in einer unvollständigen, chaotischen und unterentwickelten Art und Weise. Nur durch einen einheitlichen und harmonischen Produktionsplan kann dieses Potential voll angewendet werden. Aber das kann nur auf der Grundlage des Gemeineigentums der Produktionsmittel und eines demokratischen sozialistischen Plans durchgeführt werden.

Diese Grundaussagen des Marxismus waren für Lenin und die Bolschewiki selbstverständlich. Sie führten im Oktober 1917 die Arbeiter nicht mit der Absicht zum Sieg, innerhalb der Grenzen des früheren zaristischen Reiches „Sozialismus aufzubauen“, sondern um die internationale sozialistische Revolution einzuleiten:

„Wir haben dieses Werk begonnen“, schrieb Lenin zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution. „Wann, in welcher Frist, die Proletarier welcher Nation dieses Werk zu Ende führen, das ist unwesentlich. Wesentlich ist, daß das Eis gebrochen, daß die Bahn frei gemacht, daß der Weg gewiesen ist.“¹

Die vorrangige Bedeutung der russischen Revolution war für Lenin das Vorbild, das sie in den Augen der Arbeiter der Welt darstellte. Der Mißerfolg der revolutionären Welle, die sich in der Zeit von 1918–1921 in Europa ausbreitete, war der entscheidende Faktor für die anschließende Entwicklung. Auf der Grundlage einer siegreichen europäischen Revolution hätten die großen Rohstoffvorräte Rußlands und dessen Reichtum an Arbeitskräften mit der Wissenschaft, Technik und Industrie Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs verbunden werden können. Die Sozialistischen Vereinigten Staaten Europas hätten das Leben der Bevölkerung Europas und Asiens verwandeln können und den Weg für einen sozialistischen Weltbund eröffnet. Stattdessen, als Folge der Feigheit und Unbeholfenheit der europäischen Arbeiterführer, ging die Chance verloren und die europäische Arbeiterklasse mußte

jahrzehntelange Not, Arbeitslosigkeit, Faschismus und einen neuen Weltkrieg erleiden. Gleichzeitig öffnete die Isolierung des einzigen Arbeiterstaats in der Welt, in einem rückständigen und bäuerlichen Land, bürokratischer Entartung und stalinistische Reaktion Tür und Tor.

Durch die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse im März 1921 wurde die sowjetische Republik dazu gezwungen, sich auf ihre eigenen Ressourcen zu verlassen, um zu überleben. In einer Rede am 17. Oktober 1921 machte Lenin die Folgen klar:

„Sie dürfen nicht vergessen, daß unser nach den langjährigen Prüfungen verarmtes Sowjetland nicht von einem sozialistischen Frankreich und nicht von einem sozialistischen England umgeben ist, die uns mit ihrer hochentwickelten Industrie helfen würden. Nein! Wir müssen stets daran denken, daß ihre ganze hochentwickelte Technik, ihre ganze hochentwickelte Industrie heute den Kapitalisten gehört, die gegen uns arbeiten.“²

Um zu überleben, war es nötig die Bauernschaft versöhnlich zu stimmen, die Profite machen wollte. Das war nötig, selbst wenn es auf Kosten der Arbeiterklasse und des Aufbaus der Industrie als der einzigen wirklichen Grundlage für einen Übergang zum Sozialismus gehen mußte.

Kapitalismus oder Sozialismus?

Die Zugeständnisse, die der Bauernschaft, kleinen Geschäften und Spekulanten (NEP-Männer) gemacht wurden, wehrten 1921–22 den wirtschaftlichen Zusammenbruch ab. Der Handel zwischen Stadt und Land wurde wiederhergestellt, jedoch zu Bedingungen, die zum erheblichen Nachteil der Stadt waren. Die Steuersenkung für die Bauernschaft verringerte die für die Industrie nötigen Investitionen. Die Schwerindustrie stagnierte, während der größte Teil der Leichtindustrie noch in privaten Händen war. Der landwirtschaftliche Wiederaufschwung festigte sogar das kapitalistische und nicht das sozialistische Element in der sowjetischen Gesellschaft. Riesige Profite wurden durch die Kulaken (reiche Bauern) erwirtschaftet, die die größten und ertragreichsten Bauernhöfe besaßen und über das nötige Kapital für Ausrüstung, Pferde, und Düngemittel verfügten.

Doch bald wurde klar, daß der Unterschied zwischen den Reichen und Armen in den Dörfern unter der NEP mit einem alarmierenden Tempo wuchs. Die Kulaken fingen an, Getreide zu hamstern, um die Preise hochzutreiben. Sie kauften sogar das Getreide der armen Bauern auf, um es später an die armen Bauern wiederzukaufen, nachdem der Getreidepreis gestiegen war.

Diese Tendenzen wurden von Lenin mit Sorge beobachtet. Er wies mehrmals darauf hin, daß die Arbeiterklasse unbedingt die Hebel der Wirtschaft fest in der

Hand behalten müßte. Auf dem vierten Kongreß der kommunistischen Internationale im November 1922 sagte Lenin kurz und bündig:

„Die Rettung Rußlands liegt nicht nur in einer guten Ernte der Bauern – das ist zu wenig – und nicht nur in dem guten Zustand der Leichtindustrie, die der Bauernstand Gebrauchsgegenstände liefert – das ist ebenfalls zu wenig –, wir bedürfen noch der Schwerindustrie. Sie auf einen guten Stand zu bringen, erfordert aber eine Arbeit von mehreren Jahren.

Die Schwerindustrie braucht staatliche Subsidien. Treiben wir die nicht auf, so sind wir als zivilisierter Staat – als sozialistischer ganz zu schweigen – zugrunde gerichtet.“³

Während dieser Zeit schlug sich Lenin mit dem Problem der Elektrifizierung herum, als einen Bereich, in dem die solide Mauer der russischen Rückständigkeit möglicherweise durchbrochen werden konnte. Trotzki hingegen beschäftigte sich mit der staatlichen Gesamtplanung der Industrie, die unter der NEP fast gänzlich unberücksichtigt geblieben war. Während der ganzen Zeit betonte er die Notwendigkeit, „Gosplan“, die staatliche Plankommission, als ein Mittel zu stärken, um einen allgemeinen geplanten Wiederaufschwung der Industrie zu fördern. Am Anfang war Lenin mißtrauisch gegenüber dieser Idee – nicht weil er die Planung ablehnte, sondern wegen der in den sowjetischen Institutionen vorherrschenden Bürokratie, die, wie er befürchtete, eine erweiterte und verstärkte Gosplan in ein Spiel auf dem Papier verwandeln würde.

So unterschiedlich ihre Ansätze zu dieser Frage auch waren, waren sich Lenin und Trotzki einig darüber, daß eine Verstärkung der sozialistischen Elemente in der Wirtschaft nötig war und der Rückfall in den kleinbäuerlichen Kapitalismus beendet werden mußte. Jedoch war der Druck der Kulaken so groß, daß sogar ein Teil der Führung der Bolschewiki anfangs, sich ihm zu beugen. Die Frage, welchen Weg die Sowjetmacht nehmen würde, wurde direkt durch die im März 1922 ausgebrochenen Kontroversen um das Außenhandelsmonopol gestellt.

Das Außenhandelsmonopol

Das seit April 1918 bestehende Außenhandelsmonopol war eine unerläßliche Voraussetzung, um die sowjetische Wirtschaft vor der Gefahr des Eindringens und der Beherrschung durch den ausländischen Kapitalismus schützen zu können. Unter der NEP wurde das Monopol als ein Bollwerk gegen die wachsenden kapitalistischen Tendenzen immer wichtiger. Auf Lenins Bitte entwarf A. M. Leshawa im Frühjahr 1922 Thesen über den Außenhandel, welche die Notwendigkeit der Verstärkung des Monopols und der strengen Überwachung der Einfuhr und Ausfuhr hervorhoben. Trotzdem war das ZK der Partei gespalten. Stalin, Sinowjew und Kamenew waren

gegen Lenins Vorschläge und schlugen die Lockerung des Monopols vor, während Sokolnikow, Bucharin und Fjatakow tatsächlich so weit gingen, die Aufhebung des Monopols zu verlangen.

Am 15. Mai schrieb Lenin den folgenden Brief an Stalin:

„Gen. Stalin! Angesichts dieser Sachlage schlage ich vor, *durch Umfrage* bei den Mitgliedern des Politbüros folgende Direktive anzunehmen: Das ZK bestätigt das Außenhandelsmonopol und beschließt, überall die Untersuchungen und Vorarbeiten zur Frage der Verschmelzung des Obersten Volkswirtschaftsrates mit dem Volkskommissariat für Außenhandel einzustellen. Vertraulich alle Volkskommissare unterschreiben lassen. Das Original ist an Stalin zurückzugeben. Kopien werden nicht angefertigt.“⁴

Zur gleichen Zeit schrieb er einen Brief an Stalin und Frumkin (Volkskommissar für Außenhandel), in dem er betonte, „daß man alle Gespräche und Verhandlungen und Kommissionen u. dgl. über eine Lockerung des Außenhandelsmonopols formell verbieten muß.“⁵

Die Antwort Stalins war ausweichend:

„Gegen ein ‚formales Verbot‘ von Schritten zur Lockerung des Außenhandelsmonopols im gegenwärtigen Stadium habe ich keine Einwände. Glaube aber, daß eine Lockerung unvermeidlich wird.“⁶

Am 26. Mai erlitt Lenin den ersten Schlaganfall, der ihn bis September von der Arbeit fernhielt. Trotz der Bitte Lenins wurde die Frage von der „Lockerung“ wieder aufgeworfen. Am 12. Oktober wurde ein Antrag auf Lockerung des Außenhandelsmonopols in der Plenarsitzung des Zentralkomitees von Sokolnikow gestellt. Lenin und Trotzki waren abwesend und die überwiegende Mehrheit stimmte dafür.

Am 13. Oktober schrieb Lenin über Stalin, mit dem er schon über die Angelegenheit diskutiert hatte, einen Brief an das Zentralkomitee. Lenin protestierte gegen den Beschluß und forderte, daß die Sache auf der nächsten Plenartagung wieder vorgebracht werden sollte. Daraufhin schrieb Stalin den Mitgliedern des Zentralkomitees:

„Genosse Lenins Brief hat mich nicht überzeugt, daß die Entscheidung des Zentralkomitees verkehrt war ... In Anbetracht dessen, daß Lenin darauf besteht, daß die Durchführung von der Entscheidung des Zentralkomitees aufgeschoben wird, werde ich dennoch für eine Verschiebung stimmen, damit die Frage auf der nächsten Plenartagung aufgeworfen wird, an der Lenin teilnehmen wird.“

Am 16. Oktober wurde es beschlossen, die Angelegenheit auf das nächste Plenum zu verschieben. Als das Datum des Plenums jedoch heranrückte, machte sich Lenin Sorgen, daß er wegen seines Gesundheitszustandes nicht sprechen könnte. Am 12. Dezember schrieb Lenin an Trotzki seinen ersten Brief, in dem er Trotzki bat, „die Verteidigung unserer gemeinsamen Auffassung von der unbedingten Notwendigkeit der Beibehaltung und Festigung des Außenhandelsmonopols zu übernehmen“. Die in dieser Broschüre abgedruckten Briefe lassen den politischen Block erkennen, der

zu dieser Zeit zwischen Lenin und Trotzki bestand. Sie zeigen das unausgesprochene Vertrauen Lenins in die politischen Einschätzungen Trotzkis, ein Vertrauen, das aus jahrelanger gemeinsamer Arbeit an der Spitze des sowjetischen Staates entstanden war. Es war kein Zufall, daß Lenin sich zu dieser Zeit an keinen anderen wenden konnte, um seine Ansichten innerhalb des Zentralkomitees zu verteidigen. Sogar seine anderen Vertrauten, Frumkin und Stomoniakow, waren keine Mitglieder des Zentralkomitees.

Als das Zentralkomitee sowohl von den Vorbereitungen Lenins auf einen Kampf, als auch von seinem Block mit Trotzki erfuhr, gab es kampfflos nach. Am 18. Dezember wurde der Antrag bedingungslos widerrufen. Die erste Runde des Kampfes gegen die Unterstützer der Kulaken in der Parteiführung ging an die Fraktion um Lenin. Der Kampf wurde nach Lenins Tod von Trotzki und der Linken Opposition weitergeführt, die das Programm Lenins ungeachtet allen Widerstands der stalinistischen Konterrevolution hochhielten.

Lenin gegen die Bürokratie

Wenn die Kunst, die Wissenschaft und die Regierung einer Minderheit vorbehalten ist, dann wird diese Minderheit ihre Lage für ihre eigenen Interessen brauchen und mißbrauchen – wie schon Friedrich Engels vor langer Zeit beschrieben hat. Wegen der Isolierung der Revolution in einem rückständigen Land wurden die Bolschewiki gezwungen, die Dienste vieler zaristischer Beamter in Anspruch zu nehmen, um das Funktionieren von Staat und Gesellschaft aufrechterhalten zu können. Diese Elemente, die in den ersten Tagen der Revolution versucht haben, die Arbeiterregierung zu stürzen, erkannten allmählich, daß die sowjetische Macht nicht durch bewaffneten Widerstand zu besiegen war. Nachdem die Gefahren des Bürgerkriegs vorbei waren, fingen viele frühere Feinde des Bolschewismus an, den Staat, die Gewerkschaften und sogar die Partei zu unterwandern.

Die erste „Säuberung“ 1921 hatte nichts mit den späteren grotesken Schauprozessen Stalins gemein, in denen die gesamte alte bolschewistische Führung umgebracht wurde. Keiner wurde vor Gericht gestellt, umgebracht oder eingesperrt. Jedoch wurden Sonderkommissionen der Partei aufgebaut, um Tausende von Karrieristen und Bürgerlichen auszuschließen, die lediglich zum persönlichen Nutzen eingetreten waren. Die Vergehen, für die die Leute ausgeschlossen wurden, waren Bürokratismus, Karrierismus, Mißbrauch von Parteimitgliedern durch ihre Stellung in der Partei oder den Sowjets, Verletzung von kameradschaftlichen Beziehungen innerhalb der Partei, Verbreitung von unbegründeten und unbewiesenen Gerüchten, Anspielungen oder anderen Berichten, die sich auf die Partei oder ihre Mitglieder beziehen und für die Einheit und Autorität der Partei zerstörend sind.

Um einen Kampf gegen die Bürokratie durchzuführen, trat Lenin für die Aufstellung einer Arbeiter- und Bauerninspektion (RABKRIN) ein. Sie sollte die höchste Instanz zur Überwachung der Parteimoral sein und als eine Waffe gegen fremde Elemente in dem sowjetischen Staatsapparat dienen. In der Zentralstelle von RABKRIN brachte Lenin einen Mann unter, den er wegen seiner organisatorischen Fähigkeiten und seinem starken Charakter achtete – Stalin.

Neben anderen Aufgaben prüfte RABKRIN die Auswahl und Anstellung verantwortlicher Arbeiter für die Partei und den Staat. Wer die Macht hatte, die Förderung mancher zu verhindern und andere dafür zu befördern, besaß offensichtlich eine Waffe, die seinen eigenen Interessen dienen konnte. Stalin hatte keine Skrupel, diese Macht auszunützen. RABKRIN verwandelte sich von einer Waffe gegen die Bürokratie in eine Brutstätte von karrieristischen Intrigen. Stalin benutzte zynisch seine Stellung in der RABKRIN und später seine Macht über das Parteisekretariat, um einen Block von Ja-Sager um ihn zu versammeln – unbedeutende Figuren, deren einzige Treue demjenigen galt, der ihnen half, in komfortable Stellungen zu klettern. Vom höchsten Gebieter der Parteimoral versank RABKRIN in der Tiefe der bürokratischen Gleichgültigkeit.

Trotzki merkte vor Lenin, was geschehen war, da seine Krankheit Lenin daran hinderte, die Parteiarbeit genau zu kontrollieren. Trotzki wies darauf hin, daß „diejenigen, die in RABKRIN arbeiten (...) hauptsächlich Arbeiter (sind), die auf anderen Gebieten Schaden erlitten haben“ und er machte auf „die äußerste Verbreitung von Intrigen in den Organen von RABKRIN“ aufmerksam, „die zu einem Inbegriff geworden sind“.

Lenin verteidigte RABKRIN weiterhin gegen die Kritik Trotzki's. Jedoch sehen wir in seinen letzten Werken, daß er nicht blind war hinsichtlich der bürokratischen Bedrohung aus dieser Ecke und der Rolle Stalins, der die RABKRIN leitete. In seinem Artikel „Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen“ verband Lenin diese Frage mit der bürokratischen Entartung des Apparates des Arbeiterstaates:

„Unser Staatsapparat ist, mit Ausnahme des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten, zum größeren Teil ein Überbleibsel des alten, an dem nur zum geringeren Teil einigermaßen ernsthafte Veränderungen vorgenommen worden sind. Er ist nur äußerlich leicht übertüncht worden, im übrigen aber stellt er etwas ganz typisch Altes aus unserem alten Staatsapparat dar.“⁷

Jedoch in „Lieber weniger aber besser“, der letzte am 2. März 1923 geschriebene Artikel Lenins, lieferte er der RABKRIN die schärfste Kritik:

„Sprechen wir offen. Das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion genießt gegenwärtig nicht die geringste Autorität. Jedermann weiß, daß es keine schlechter organisierten Institutionen als die unserer Arbeiter- und Bauerninspektion

gibt und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von diesem Volkskommissariat rein gar nichts zu erwarten ist.“⁸

Der gleiche Artikel beinhaltet eine von Lenin gegen Stalin gerichtete Bemerkung: „Nebenbei bemerkt, Bürokraten gibt es bei uns nicht nur in den Sowjet-, sondern auch in den Parteiinstitutionen.“⁹

Daß Lenin Stalin als den möglichen Rädelsführer einer bürokratischen Gruppe in der Partei hervorhob, ist ein Beispiel seines Weitblicks. Zu dieser Zeit war Stalins Macht im „Apparat“ sogar für die Mehrheit der Parteimitglieder nicht erkennbar, während die meisten Parteiführer ihm nicht zutrauten, daß er diese Macht ausnutzen konnte, in Anbetracht seiner berüchtigten mittelmäßigen Beherrschung der Politik und der Theorie. Sogar nach dem Tod Lenins war es nicht Stalin, sondern Zinowiew, der die Troika Zinowiew, Kamenew und Stalin anführte, die die Partei unter dem Deckmantel eines Angriffs auf den „Trotzkismus“ die ersten verhängnisvollen Schritte weg von den Traditionen des Oktober führte.

Nicht zufällig warnte Lenin in seiner letzten Empfehlung an die Partei vor Stalins „illoyalem“ und „intolerantem“ Mißbrauch der Macht und trat für seine Entfernung von der Stelle des Generalsekretärs ein.

Der Kampf um den Internationalismus

Die Niederlage der Arbeiterklasse in der europäischen Revolution erhöhte die Wichtigkeit der Arbeit der kommunistischen Internationale für eine Revolution der versklavten Völker des Ostens. Die Oktoberrevolution gab dem Kampf der Kolonien gegen ihre imperialistischen Unterdrücker einen gewaltigen Anstoß. Die im Programm des Bolschewismus immer betonte Parole vom „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ gab den unterdrückten Millionen Asiens und Afrikas besonderen Mut.

Die beinahe erste Handlung der Arbeiterregierung war die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands, obwohl dies zwangsläufig bedeutete, einer feindlichen Regierung die Unabhängigkeit zu gewähren. Natürlich treten die Marxisten fest für die Einheit aller Völker in einer weltweiten sozialistischen Föderation ein. Jedoch kann solche Einheit nicht durch Gewalt herbeigeführt werden, sondern nur durch die freie Einwilligung der Arbeiter und Bauer der verschiedenen Länder. Vor allem, wenn die Arbeiter einer früheren imperialistischen Nation die Macht erlangen, ist es ihre Pflicht, die Wünsche der Völker in den früheren Kolonien anzuerkennen – auch dann, wenn sie die völlige Abtrennung wünschen. Die Einigung kann nur später durch Beispiel und Überzeugung herbeigeführt werden.

1921 wurde die Rote Armee gezwungen, in Georgien zu intervenieren, wo die Regierung ständig mit Großbritannien und anderen kapitalistischen Mächten gegen den sowjetischen Staat zusammengearbeitet hatte. Lenin war äußerst besorgt darum,

daß diese militärische Aktion nicht als die Annexion Georgiens durch Rußland betrachtet werden konnte. Denn damit wäre der sowjetische Staat mit den zaristischen Unterdrückern gleichgesetzt worden. Er schreibt einen Brief nach dem anderen, in denen er den Vertreter des Zentralkomitees in Georgien Ordshonikidse anwies, eine Konzessionspolitik der georgischen Intelligenz und den kleinen Händlern gegenüber zu verfolgen und eine Koalition mit Jordania oder ähnlichen Menschiwki aufzubauen. Am 10. März schickte Lenin ein Telegramm, in dem er darauf drängte, Respekt vor den georgischen Gremien zu zeigen und besonders vorsichtige Aufmerksamkeit auf die georgische Bevölkerung zu richten.

Jedoch waren die Aktivitäten Ordshonikidses mit der Stalin-Clique in der Partei verbunden. Stalin hatte an Vorschlägen für die Einigung der Russischen Sowjetsozialistischen Föderation mit den nicht-russischen Sowjetrepubliken gearbeitet. Im August 1922, während Lenin arbeitsunfähig war, wurde eine Kommission gebildet, in der Stalin eine führende Rolle spielte, um die Bedingungen für die Einigung auszuarbeiten.

Als Stalins Thesen erschienen, wurden sie vom Zentralkomitee der KP Georgiens entschieden abgelehnt. Am 15. September faßte das Zentralkomitee den folgenden Beschluß:

„Die auf Grund der Thesen des Gen. Stalin vorgeschlagene Vereinigung in Form einer Autonomisierung der unabhängigen Republiken wird für verfrüht erachtet. Wir halten die Vereinigung der wirtschaftlichen Bemühungen und der allgemeinen Politik für notwendig, aber unter Wahrung aller Attribute der Unabhängigkeit.“¹⁰

Die Proteste der Georgier blieben unbeachtet. Stalin wollte unbedingt seine Vorschläge durchsetzen. Die Kommission traf sich am 23. September und am 24. September unter dem Vorsitz Molotows, einem Handlanger Stalins. Sie lehnte mit der Gegenstimme des georgischen Vertreters, Mdiwani, die Resolution ab. Am 25. September wurden die Unterlagen der Kommission an Lenin abgeschickt, der in Gorki auf dem Weg der Genesung war. Ohne auf die Meinung Lenins zu warten und sogar ohne die Angelegenheit im Politbüro zu diskutieren, verschickte das Sekretariat, Stalins Zentrum innerhalb der Partei, den Beschluß der Kommission an alle Mitglieder des Zentralkomitees zur Vorbereitung auf das Plenum im Oktober.

Am 26. September schrieb Lenin an Kamenew einen Brief für das Zentralkomitee, in dem er bei der Frage um Vorsicht bat und vor dem Versuch Stalins, die Angelegenheit durchzusetzen, warnte. („Stalin hat ein wenig die Tendenz, sich zu übereilen.“¹¹) Lenin hatte noch keine Gelegenheit gehabt, mit Mdiwani darüber zu diskutieren, hatte jedoch ausgemacht, ihn am nächsten Tag zu treffen. Lenin ahnte noch nicht, daß Stalin alles Mögliche versucht hatte, die Vereinigung durchzudrücken. Lenins Brief zeigt jedoch seine Opposition zu jeglichem Verletzen des Nationalgefühls und der nationalen Bestrebungen eines kleinen Volkes, da dies den Nationalismus nur noch weiter stärken würde.

„Wichtig ist, daß wir den ‚Unabhängigkeitsaposteln‘ keine Nahrung geben, daß wir ihre Unabhängigkeit nicht vernichten, sondern ein neues Stockwerk aufsetzen und eine Föderation gleichberechtigter Republiken schaffen.“¹²

Die Änderungen Lenins hatten das Ziel, den Ton des ursprünglichen Entwurfs Stalins zu mildern und „die Unabhängigkeitsapostel“ zu berücksichtigen, die wie er meinte, in diesem Punkt unrecht hatten. Als Antwort auf die milden Bemerkungen Lenins schrieb Stalin am 27. September den Mitgliedern des Politbüros eine Anzahl von schroffen und unhöflichen Erwidierungen, unter anderem auch das folgende:

„Beim Absatz 4 hat sich Genosse Lenin, meiner Meinung nach ‚beeilt‘ ... Man kann kaum daran zweifeln, daß diese ‚Eile‘ den ‚Unabhängigen‘ dienen wird, zum Nachteil des nationalen Liberalismus des Genossen Lenins.“¹³

Die unhöfliche Antwort Stalins war die Äußerung seines unverhüllten Ärgers über Lenins „Einmischung“ in etwas, was er für seine private Domäne hielt und diese Äußerung wurde durch die Angst Stalins vor dem Ergebnis der Einmischung Lenins verschärft.

Stalins Ängste waren wohlbegründet. Nach seiner Diskussion mit Mdiwani wurde Lenin davon überzeugt, daß die Angelegenheit Georgiens von Stalin schlecht gehandhabt wurde. Lenin machte sich an die Arbeit, Beweismaterial zu sammeln.

Am 6. Oktober schrieb Lenin eine Notiz an das Politbüro:

„Dem großrussischen Chauvinismus erkläre ich den Kampf auf Leben und Tod. Sobald ich erst den verfluchten Zahn los bin, werde ich mich mit allen gesunden Zähnen auf ihn stürzen.“¹⁴

Der letzte Kampf Lenins

Lenin war sich der vollen Tragweite dessen, was in Georgien vor sich ging noch nicht bewußt. Er wußte nicht, daß Stalin, um seine Position zu stärken, schon eine Säuberung des georgischen Bolschewismus von seinen besten Kadern durchgeführt hatte, wobei die alten Mitglieder des Zentralkomitees durch viel „biegsamere“ Elemente ersetzt wurden.

Was Lenin schon wußte, war ausreichend um seinen Verdacht zu erregen. In der darauffolgenden Woche fing er an, ruhig Informationen über die „georgische Frage“ zu sammeln. Er veranlaßte das Zentralkomitee Rykow und Dzierzynski nach Tiflis zu entsenden, um die Beschwerden der georgischen Bolschewisten zu untersuchen.

Am 23. und 24. Dezember fing Lenin an, seiner Sekretärin die berühmten Briefe an den Kongreß zu diktieren. Er betonte, daß dies geheimgehalten werden muß. Lenins Arbeit schritt langsam und schmerzhaft voran und wurde durch Krankheitsanfälle unterbrochen. Dennoch wurde die Idee zunehmend klar, daß der Hauptfeind

innerhalb des bürokratischen „Apparates“ des Staates und der Partei zu finden war, und daß Stalin sein Anführer war.

Trotzki berichtete in seinem Buch „Die Fälschung der Geschichte der russischen Revolution“ von seinem letzten Gespräch mit Lenin, kurz vor Lenins zweitem Schlaganfall. Als Antwort auf den Vorschlag Lenins, daß Trotzki in einer neuen Kommission teilnehmen sollte, um gegen die Bürokratie zu kämpfen, (vgl. „Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen“) antwortete Trotzki ihm wie folgt:

„Wladimir Iljitsch, nach meiner Überzeugung darf man bei dem Kampfe gegen den Bürokratismus des Sowjetapparates nicht vergessen, daß in den Orten und im Zentrum eine besondere Auswahl von Beamten und Spezialisten vor sich gehe, Parteimitglieder, Kandidaten, Parteilosen gruppierten sich um die in der Partei führenden Gruppen und Personen im Gouvernement in den Bezirken, im Zentrum, d.h. im ZK usw. Drückst Du auf einen Beamten, dann stößt Du auf ein führendes Parteimitglied, in dessen Gefolgschaft dieser Spez sich befindet, und bei der jetzigen Lage könnte ich eine solche Arbeit nicht auf mich nehmen.“ Wladimir Iljitsch dachte eine Minute nach und – hier gebe ich beinahe wörtlich seine Antwort wieder – sagte so: „Ich spreche also von dem Kampfe gegen den Sowjetbürokratismus und Sie schlagen vor, hierzu noch das Orgbüro des ZK zu nehmen?“ Überrascht lachte ich auf, denn eine solche vollendete Formulierung hatte ich nicht im Kopfe. Ich antwortete: „Es mag wohl so sein.“ Daraufhin sagte Wladimir Iljitsch: „Nun ich schlage einen Block vor.“ Ich sagte: „Mit einem guten Menschen einen Block zu schließen, ist sehr angenehm.“¹⁵

Dieses Gespräch ist sehr wichtig, denn es wirft Licht auf den Inhalt der letzten Werke Lenins, vor allem auf sein berühmtes „Testament“, die Briefe zur Frage der Nationalitäten und „Lieber weniger aber besser“. Mit jedem Tag wurde der Ton seiner Briefe zunehmend schärfer und seine Ziele näher bestimmt. Egal welche Frage er behandelte, ist der Zentralgedanke immer der gleiche: die Notwendigkeit, den Druck von fremden Klassenkräften auf den Staat und auf die Partei zu bekämpfen, die Bürokratie mit der Wurzel auszureißen, den großrussischen Chauvinismus zu bekämpfen, die Stalin-Clique innerhalb der Partei zu bekämpfen.

Trotz beharrlicher Bitten Lenins, daß seine Notizen streng geheim zu halten wären, fielen sie dem Sekretariat und Stalin in die Hände. Sie erkannten sofort die Gefahr von der Intervention Lenins und ergriffen Maßnahmen, um diese Intervention zu verhindern. Die Sekretäre wurden unter Druck gesetzt, um zu verhindern, daß Lenin irgendwelche Nachrichten entdecken konnte, die ihn hätten „aufregen“ können.

Trotzdem erfuhr Lenin von Dzierzynski, neben anderen von den von der Stalin-Fraktion begangene Skandalen, daß Ordshonikidse soweit gegangen war, einen Vertreter der georgischen Opposition zu schlagen. Das könnte einem als eine Kleinigkeit

vorkommen, vor allem im Vergleich zum späteren stalinistischen Terror, jedoch erschütterte es Lenin zutiefst. Seine Sekretärin notierte am 30. Januar 1923 in ihrem Tagebuch die Worte Lenins: „Kurz vor meiner Erkrankung hat mir Dzierzynski über die Arbeit der Kommission und über den ‚Zwischenfall‘ berichtet und das hat mich mit großer Sorge erfüllt.“¹⁶

Um das ungeheure Ausmaß dieses Verbrechens zu verstehen, ist es notwendig, die Beziehungen zwischen der russischen (richtiger großrussischen) Nation und den nationalen Minderheiten zu kennen, die unter den Zaren mit der gleichen Verachtung und grausamen Willkür behandelt wurden, wie die Schwarzen und die Inder unter dem britischen Weltreich. Die historische Aufgabe der russischen Revolution bestand darin, diesen verachteten Minderheiten das Selbstvertrauen gleichwertiger Nationen zugeben, mit ihren eigenen Rechten und ihrer eigenen Würde. Wenn ein Repräsentant der großrussischen Nation einen Georgier beschimpft oder geschlagen hat, war das ein Verbrechen gegen den proletarischen Internationalismus, eine zaristische Ungeheuerlichkeit, was in der drastischsten Art und Weise zu bestrafen wäre – zumindest durch Parteiausschluß. Deswegen war Lenin so wütend auf Stalin und Ordshonikidse und verlangte, daß die Verantwortlichen „exemplarisch“ bestraft werden müßten.

Stalin versuchte mit allen Mitteln zu verhindern, daß Lenin Informationen aus Georgien bekam. Zahlreiche Passagen aus dem Tagebuch der Sekretäre Lenins geben ein klares Bild dieser bürokratischen Belästigung:

„Am Donnerstag dem 25. Januar, fragte er (Lenin), ob die Materialien eingegangen seien. Ich antwortete, daß Dzierzynski erst am Sonnabend eintrifft und ich ihn deshalb noch nicht fragen konnte.

Am Sonnabend fragte ich Dzierzynski, der mir sagte, daß die Materialien bei Stalin sind. Ich schickte einen Brief an Stalin, der aber, wie sich herausstellte, nicht in Moskau war. Gestern, am 29. Januar, rief Stalin an und sagte, er dürfe die Materialien ohne das Politbüro nicht herausgeben. Er fragte, ob ich Wladimir Iljitsch nicht zuviel erzähle und woher sonst er so auf dem laufenden sei. Zum Beispiel zeige sein Artikel über die Arbeiter- und Bauerninspektion, daß ihm verschiedene Umstände bekannt sind. Ich antwortete, daß ich nichts sage und keinerlei Grund zu der Annahme habe, daß er auf dem laufenden sei. Heute bestellte mich Wladimir Iljitsch zu sich, um die Antwort zu erfahren, und sagte, er werde darum kämpfen, daß man die Materialien aushändige.“ (unsere Hervorhebung)¹⁷

Diese paar Zeilen zeigen deutlich die tyrannische, bürokratische Art, mit der Stalin versuchte, seine Stellung gegen Lenin zu verteidigen. Stalin hatte vor ihm tödliche Angst, sogar als Lenin schon im Sterben lag. Sie sind die beste Illustration von der „Grobheit“ und „Illoyalität“ Stalins, auf die sich Lenin in seinem Testament bezog.

Die Einstellung Lenins zur Kommission Dzierzynskis und zum Benehmen des Zentralkomitees spiegelt sich in den Anweisungen für seine Sekretäre wider:

„1) Woraufhin warf man dem alten ZK der KP Georgiens Abweichungen vor?

- 2) Was wurde ihnen als Verletzung der Parteidisziplin angerechnet?
- 3) Woraufhin wirft man dem Transkaukasischen Regionalkomitee Unterdrückung des ZK der KP Georgiens vor?
- 4) Physische Mittel der Unterdrückung („Biomechanik“).
- 5) Die Linie des ZK (der KPR(B)) in Abwesenheit Wladimir Iljitschs und bei seiner Anwesenheit.
- 6) Das Verhalten der Kommission. Hat sie nur die Beschuldigungen gegen das ZK der KP Georgiens oder auch die gegen das Transkaukasische Regionalkomitee untersucht? Hat sie auch den Fall der „Biomechanik“ untersucht?
- 7) Die gegenwärtige Lage (Wahlkampagne, Menschewiki, Unterdrückung, nationaler Hader).“¹⁸

Die wachsende Erkenntnis Lenins über illoyale und unehrliche Methoden von Elementen in der Parteiführung machte ihn auch mißtrauisch gegenüber seinem eigenen Sekretariat. Wurden nicht auch sie von Stalin mundtot gemacht?

Am 24. Januar sagte Wladimir Iljitsch „Zunächst zu unserer ‚konspirativen‘ Sache: ich weiß, daß sie mich betrügen.“ Als ich ihm das Gegenteil versicherte, sagte er: „Ich habe darüber meine eigene Meinung.“¹⁹

Mit Mühe schaffte es der kranke Lenin zu erfahren, daß das Politbüro die Forderungen der Kommission Dzierzinskis angenommen hatte. Es war zu dieser Zeit (2. Februar bis 6. Februar), als Lenin „Lieber weniger aber besser“ diktierte, der direkteste Angriff auf Stalin und die Parteibürokratie.

Durch die georgischen Ereignisse wurde Lenin davon überzeugt, daß der verdorbene Chauvinismus des Staates das gefährlichste Anzeichen des Druckes von fremden Klassen war:

„Mit dem Staatsapparat steht es bei uns derart traurig, um nicht zu sagen abscheulich, daß wir uns zunächst gründlich überlegen müssen, wie wir seine Mängel bekämpfen sollen, eingedenk dessen, daß diese Mängel ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben, die zwar über den Haufen geworfen, aber noch nicht überwunden ... ist.“²⁰

Bei seinem letzten öffentlichen Auftritt, dem elften Parteitag der KPR(B), warnte Lenin davor, daß die Staatsmaschine der Kontrolle der Kommunisten entglitt:

„Er²¹ hat nicht nach unserem Willen funktioniert. Wie hat er denn funktioniert? Das Steuer entgleitet den Händen: Scheinbar sitzt ein Mensch da, der den Wagen lenkt, aber der Wagen fährt nicht dorthin, wohin er ihn lenkt, sondern dorthin wohin ein anderer ihn lenkt – jemand, der illegal ist, der gesetzwidrig handelt, der von Gott weiß woher kommt, Spekulanten oder Privatkapitalisten, oder die einen oder die anderen zugleich – jedenfalls fährt der Wagen nicht ganz so und sehr häufig ganz und gar nicht wie derjenige, der am Steuer dieses Wagens sitzt, sich einbildet.“²²

Das Gift des Nationalismus, das charakteristischste Merkmal aller Formen des Stalinismus, war zurückzuführen auf den Kulak, auf den NEP-Mann, auf die Reak-

tion des Kleinbürgertum gegen den Oktober und auf den sowjetischen Beamten, der gegen den revolutionären Internationalismus war.

Lenin beabsichtigte, auf dem bevorstehenden Kongreß zusammen mit Trotzki einen Kampf gegen die Reaktion zu führen. Trotzki war das einzige Mitglied des Zentralkomitees, auf den er vertrauen konnte, seinen Standpunkt zu unterstützen.

Er wollte sich persönlich um die Frage von RABKRIN kümmern und „bereite eine Bombe gegen Stalin vor“.²³ Seine Überzeugung, daß der Parteiapparat sich gegen ihn verschworen hatte, um ihn um jeden Preis fernzuhalten, wird durch die Bemerkung seiner Sekretärin veranschaulicht: „Außerdem hatte Wladimir Iljitsch offenbar den Eindruck, daß nicht die Ärzte dem Zentralkomitee Anweisungen geben, sondern daß das Zentralkomitee den Ärzten Instruktionen gegeben hat.“²⁴ Der Verdacht Lenins war bloß allzu gut begründet. Eine zu dieser Zeit im Zentralkomitee ernsthaft überlegte Idee war eine spezielle Einzelausgabe von „Prawda“, um Lenin über die georgische Angelegenheit irrezuführen!

Das Argument, daß dies für die Gesundheit Lenins gut wäre, ist nicht stichhaltig. Wie er selbst erklärte, regte ihn nichts mehr auf, als die unloyalen Handlungen von Mitgliedern des Zentralkomitees und das Lügengespinnst, mit dem sie getarnt wurden. Die wahre Haltung Stalins gegenüber dem sterbenden Lenin wurde durch einen wirklich abscheulichen Vorfall zum Vorschein gebracht, in den N. Krupskaja, die Frau Lenins, verwickelt wurde. Bei dem Versuch seinen kranken Mann vor den Belästigungen Stalins zu schützen, wurde sie von dem „loyalen Anhänger“ grob beschimpft. Krupskaja beschrieb in einem vom 23. Dezember 1922 datierten Brief an Kamenew den Vorfall:

„Lew Borissowitsch,

wegen des kurzen Briefes, den mir Wlad. Iljitsch mit Erlaubnis der Ärzte diktiert hat, erlaubte sich Stalin mir gegenüber gestern einen groben Ausfall. Ich bin nicht erst seit gestern in der Partei. In all den dreißig Jahren habe ich von keinem Genossen ein einziges grobes Wort gehört. Die Interessen der Partei und Iljitsch sind mir nicht weniger teuer, als sie es Stalin sind. Ich brauche jetzt ein Maximum an Selbstbeherrschung. Worüber man mit Iljitsch sprechen kann und worüber nicht, weiß ich besser als jeder Arzt, denn ich weiß, was ihn aufregt und was nicht, auf alle Fälle weiß ich das besser als Stalin.“²⁵

Krupskaja bat Kamenew, einen persönlichen Freund, sie „vor grober Einmischung in ihr persönliches Leben, vor unwürdigen Beschimpfungen und Drohungen“²⁶ zu schützen. „An dem einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission“, schrieb sie weiter, „mit der Stalin zu drohen sich erlaubte, zweifle ich nicht. Ich habe aber weder Kraft noch Zeit, mich mit diesen dummen Intrigen zu beschäftigen. Ich bin ein lebender Mensch, und meine Nerven sind zum Zerreißen gespannt.“²⁷

Die Drohung Lenins, die genossenschaftlichen Beziehungen zu Stalin abzubrechen und seine Vorwürfe im Testament von der „Grobheit“ Stalins werden oft mit

vagen Erwähnungen zu diesem Vorfall gerechtfertigt. Jedoch war die Handlung Stalins keine „persönliche“ Angelegenheit, sondern in erster Linie ein schwerwiegendes politisches Vergehen, das den Ausschluß aus der Partei nach sich ziehen müßte. Dieses Vergehen wurde um so größer durch die Tatsache, daß Stalins Stellung innerhalb der Partei ihr eigentlich dazu verpflichtet hätte, solches Verhalten schärfstens zu bekämpfen. Jedoch muß dieser „kleine Vorfall“ in seinem richtigen Zusammenhang gesehen werden. Er war nur der widerwärtigste und offensichtlichste Ausdruck der Illoyalität Stalins.

Die letzten aktiven Tage Lenins wurden damit verbracht, den Kampf gegen die Fraktion Stalins auf dem Kongreß zu organisieren. Er schrieb an Trotzki einen Brief, in dem er ihn bat, die Verteidigung der georgischen Genossen zu übernehmen und einen an die georgischen Führer, in dem er sich wärmstens deren Sache verpflichtete. Es soll zur Kenntnis genommen werden, daß solche emphatische Ausdrücke wie „mit bestem kameradschaftlichem Gruß“ und „von ganzem Herzen“ in den Briefen Lenins sehr selten zu finden sind, da er eine zurückhaltendere Ausdrucksweise vorzog. Es war ein Maßstab für seine Verpflichtung zu deren Kampf. Wichtig ist, daß der Block Lenins eine politische Fraktion bildete – was später von den Stalinisten ein „Block gegen die Partei“ genannt wurde. Die Stalinisten hatten schon ihre Fraktion organisiert, die den Parteiapparat beherrschte.

Die Sekretärin Lenins, Fotijewa, schrieb die letzten Notizen Lenins über die georgische Frage auf, offensichtlich zur Vorbereitung auf eine Rede für den Kongreß: „Anweisungen Wladimir Iljitschs: Solz²⁸ andeuten, daß er auf der Seite des Gekränkten steht. Irgend jemanden von den Gekränkten zu verstehen geben, daß er auf ihrer Seite ist.

3 Momente: 1. Man darf sich nicht schlagen. 2. Man muß Zugeständnisse machen. 3. Man darf einen großen Staat nicht mit einem kleinen vergleichen.

Wußte Stalin davon? Warum reagierte er nicht?

Die Bezeichnung „Abweichler“ für die Abweichung zum Chauvinismus und Menschewismus beweist dieselbe Abweichung bei den Großmachtchauvinisten.

Man soll die veröffentlichten Materialien für Wladimir Iljitsch zusammenstellen.“²⁹

Am 9. März erlitt Lenin seinen dritten Schlaganfall, der ihn lähmte und hilflos machte. Der Kampf gegen die bürokratische Entartung wurde an Trotzki und die Linke Opposition weitergegeben. Lenin hatte dennoch schon die Grundlage gelegt für das Programm der Opposition gegen die Bürokratie, gegen die Bedrohung durch die Kulaken und für das Programm der Industrialisierung und sozialistischen Planung, für sozialistischen Internationalismus und Arbeiterdemokratie.

Briefe

Über das Außenhandelsmonopol

An L. D. Trotzki

Gen. Trotzki! Beiliegend ein Brief Krestinskis. Schreiben Sie schnellstens, ob sie einverstanden sind; ich werde auf dem Plenum für das Monopol kämpfen.

Und Sie?

Ihr Lenin

PS. Es wäre gut, wenn Sie dies schnell zurückschicken würden.

Geschrieben am 12. Dezember 1922

(Lenin-Briefe Band 9, S. 329)

An die Genossen Frumkin und Stomoniakow
Kopie an Trotzki

Durch die Verschlechterung meines Gesundheitszustandes bin ich gezwungen, auf meine Anwesenheit im Plenum zu verzichten. Ich erkenne vollkommen, wie unbequem, ja mehr als unbequem mein Benehmen gegen Euch ist, aber irgendwie mit Erfolg kann ich sowieso nicht auftreten.

Heute erhielt ich vom Gen. Trotzki den beigelegten Brief, mit welchem ich im wesentlichen einverstanden bin, mit Ausnahme vielleicht der letzten Zeilen über den Gosplan. Ich werde Trotzki über mein Einverständnis mit ihm schreiben und ihn bitten, die Verteidigung meiner Position im Plenum, da ich krank bin, zu übernehmen.

Ich denke, daß man diese Verteidigung in drei Teile teilen muß: erstens Verteidigung des Grundprinzips des Außenhandelsmonopols – ihre volle endgültige

Bestätigung. Zweitens: Übergabe an eine besondere Kommission zur detailliertesten Besprechung der praktischen Pläne der Verwirklichung des Monopols, welche (Pläne) Awanessow einbringt; in dieser Kommission müssen zu gleicher Zahl Vertreter des Außenhandels sein. Drittens: die Frage über die Arbeit des Gosplan muß besonders bearbeitet werden, wobei ich meine, daß ich mit Trotzki wohl keine Differenzen haben werde, wenn er sich auf die Forderung beschränkt, daß die Arbeit des Gosplan, die unter dem Zeichen der Entwicklung steht, alle Gebiete der Tätigkeit des Kommissariats des Außenhandels berührt.

Ich hoffe Ihnen noch heute oder morgen zu schreiben und Ihnen meine Erklärung zu dieser Frage im Plenum zu schicken. In jedem Fall, wenn im Plenum keine Einigkeit erzielt wird, die Frage bis zum Kongreß werde verschieben müssen. Aber bis dahin ist eine Erklärung über ein gegenwärtiges Auseinandergehen in dieser Frage in der Fraktion der RKP des bevorstehenden Sowjetkongresses abzugeben.

Lenin

12. Dezember 1922 registriert L. F.

(Aus Trotzki, Die Fälschung der Geschichte der Russ. Revolution, S. 54)

An L. D. Trotzki

An Gen. Trotzki

Kopie an Frumkin und Stomonjakow

Gen. Trotzki!

Ich habe Ihre Stellungnahme zu dem Brief Krestinskis und zu den Plänen Awanessows erhalten. Mir scheint, daß zwischen Ihnen und mir weitestgehende Übereinstimmung besteht, und was die Staatliche Kommission betrifft, so glaube ich, daß die jetzige Fragestellung den Streit darüber, ob die Staatliche Plankommission Verfügungsrechte braucht, ausschließt (bzw. aufschiebt).

Auf jeden Fall würde ich Sie sehr bitten, auf dem bevorstehenden Plenum die Verteidigung unserer gemeinsamen Auffassung von der unbedingten Notwendigkeit der Beibehaltung und Festigung des Außenhandelsmonopols zu übernehmen. Da das vorige Plenum hierüber einen Beschluß gefaßt hat, der dem Außenhandelsmonopol vollständig zuwiderläuft, und da man in dieser Frage nicht nachgeben darf, denke ich, wie ich auch in meinem Brief an Frumkin und Stomonjakow schreibe, daß wir, falls wir in dieser Frage eine Niederlage erleiden, gezwungen sein werden, sie vor dem Parteitag zu stellen. Hierzu bedarf es einer kurzen Darlegung unserer Meinungsverschiedenheiten vor der Parteifraktion des bevorstehenden Sowjetkongresses. Wenn ich es schaffe, bereite ich das vor, und ich würde mich sehr freuen,

wenn Sie das auch täten. Unentschlossenheit in dieser Frage bringt uns unerhörten Schaden, die Gegenargumente aber laufen einzig und allein darauf hinaus, den Apparat der Unvollkommenheit zu bezichtigen. Unser Apparat aber ist unvollkommen, wohin wir auch blicken, und wegen der Unvollkommenheit des Apparats auf das Monopol verzichten hieße das Kind mit dem Bade ausschütten.

Lenin

13. XII. 22

(Lenin-Briefe Band 9, S. 330)

Brief an J. W. Stalin

Für die Mitglieder des ZK der KPR(B)

Ich habe jetzt meine Angelegenheiten endgültig erledigt und kann ruhig wegfahren. Ich bin auch mit Trotzki zu einer Einigung über die Verteidigung meiner Ansichten über das Außenhandelsmonopol gekommen.

Es ist nur ein Umstand geblieben, der mich außerordentlich stark beunruhigt – die Unmöglichkeit, auf dem Sowjetkongreß zu sprechen. Am Dienstag werden mich die Ärzte besuchen, und wir werden beraten, ob wenigstens eine kleine Chance dafür besteht. Auf die Rede verzichten zu müssen empfinde ich als sehr unangenehm, um kein stärkeres Wort zu gebrauchen. Das Konzept der Rede habe ich bereits vor einigen Tagen geschrieben. Ich schlage daher vor, ohne die Vorbereitungen dafür einzustellen, daß ein anderer an meine Stelle spricht, bis Mittwoch die Möglichkeit offenzulassen, daß ich selber auftreten werde, vielleicht mit einer Rede, die wesentlich kürzer ist als sonst, beispielsweise von etwa dreiviertel Stunde Dauer. Eine solche Rede wird die Rede meines Stellvertreters keineswegs stören (ganz gleich, wen Sie damit beauftragen), aber sie wird, denke ich, sowohl politisch als auch im persönlichen Sinne nützlich sein, denn sie wird einen Anlaß zu großer Beunruhigung beseitigen. Ich bitte, das zu beachten und mich, wenn sich die Eröffnung des Kongresses noch hinziehen sollte, über meinen Sekretär rechtzeitig zu benachrichtigen.

PS. Ich bin völlig dagegen, die Frage des Außenhandelsmonopols in die Länge zu ziehen. Wenn irgendwelche Vorschläge zur Idee führen, die Frage bis zum nächsten Plenum hinauszuschieben, dann würde ich energisch dagegen protestieren, denn ich bin erstens sicher, daß Trotzki meine Ansichten nicht schlechter als ich verteidigen würde; zweitens, Ihre Erklärung, die von Sinowjew und laut Gerüchten auch die von Kamenew zeigen, daß ein Teil der Mitglieder des ZKs schon ihre früheren Meinungen geändert haben; drittens, und am wichtigsten, weitere Unent-

geschlossenheit über diese äußerst wichtige Frage ist strikt unzulässig und wird unsere Arbeit zunichte machen.

Lenin

15. XII. 1922

(Telefonisch diktiert)

(Lenin-Werke Band 33, S. 446 Der zweite Satz und der Postskript aus dem Russischen Original, Lenin-Werke Band 54, S. 338)

An L. D. Trotzki

An Gen. Trotzki

Gen. Trotzki!

Beiliegend ein Brief, den ich heute von Frumkin erhalten habe. Ich bin ebenfalls der Meinung, daß es absolut notwendig ist, ein für allemal mit dieser Frage Schluß zu machen. Wenn die Befürchtung besteht, daß mich die Sache aufregt und sich sogar auf meinen Gesundheitszustand auswirken könnte, so glaube ich, daß das überhaupt nicht zutrifft, denn das Hinziehen regt mich unendlich mehr auf, da es unsere Politik in einer der Grundfragen völlig labil macht. Deshalb lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auf den beiliegenden Brief und bitte sehr, die unverzüglich Erörterung dieser Frage zu unterstützen. Ich bin überzeugt, daß es, falls uns die Gefahr einer Niederlage droht, viel günstiger ist, wenn es vor dem Parteitag dazu kommt und wir uns sofort an die Fraktion des Kongresses wenden, als wenn wir die Niederlage nach dem Parteitag erleiden. Vielleicht wäre solch ein Kompromiß annehmbar, daß wir jetzt einen Beschluß zur Bekräftigung des Monopols fassen, die Frage aber trotzdem auf den Parteitag stellen und das schon jetzt vereinbaren. Einen anderen Kompromiß können wir meines Erachtens in unserem Interesse und im Interesse der Sache auf keinen Fall eingehen.

Lenin

15. XII. 22

(Lenin-Briefe Band 9, S. 332)

An L. D. Trotzki

Gen. Trotzki! Ich finde, wir sind jetzt völlig einer Meinung, und bitte Sie, dies auf dem Plenum mitzuteilen. Ich hoffe, daß unser Beschluß durchkommt, denn ein Teil derer, die im Oktober dagegen gestimmt haben, kommt jetzt teilweise oder

vollständig auf unsere Seite. Sollte unser Beschluß entgegen allen Erwartungen nicht durchkommen, wenden wir uns an die Fraktion des Sowjetkongresses und erklären, daß wir die Frage vor den Parteitag bringen.

Benachrichtigen Sie mich dann, und ich schicke meine Erklärung.

Ihr Lenin

PS. Falls diese Frage von der Tagesordnung des Plenums abgesetzt werden sollte (was ich nicht erwarte und wogegen Sie natürlich in unser beider Namen mit aller Macht protestieren müßten), dann muß man sich meines Erachtens sowieso an die Fraktion des Sowjetkongresses wenden und verlangen, daß die Frage an den Parteitag überwiesen wird, denn weitere Schwankungen dürfen auf keinen Fall geduldet werden.

Alle Materialien, die ich Ihnen geschickt habe, können bis nach dem Plenum bei Ihnen bleiben.

Geschrieben am 15. Dezember 1922

(Lenin-Briefe Band 9, S. 331)

An L. D. Trotzki

Lew Dawydowitsch! Professor Foerster hat Wladimir Iljitsch heute erlaubt, einen Brief zu diktieren, und er hat mir nachstehenden Brief an Sie diktiert.

„Wie es scheint, ist es uns gelungen, die Stellung ohne einen einzigen Schuß, durch einfaches Manövrieren, zu nehmen. Ich schlage vor, nicht stehenzubleiben, sondern die Offensive fortzusetzen und zu diesem Zweck den Antrag zu stellen, daß auf dem Parteitag die Frage der Stärkung und Verbesserung unseres Außenhandels beraten wird; dies in der Fraktion des Sowjetkongresses bekanntgeben. Ich hoffe, Sie haben keine Einwände und werden es nicht ablehnen, den Bericht vor der Fraktion zu geben.

N. Lenin“

Wladimir Iljitsch bittet noch, ihm telefonisch zu antworten.

N. K. Uljanow

21. Dezember 1922

Über Organisation und das Zentralkomitee

I

Brief an den Parteitag

(Lenin-Werke Band 36, S. 577-582)

Ich würde sehr empfehlen, auf diesem Parteitag eine Reihe von Änderungen in unserer politischen Struktur vorzunehmen.

Ich möchte Ihnen die Erwägungen mitteilen, die ich für die wichtigsten halte.

In erster Linie rate ich, die Zahl der Mitglieder des ZK auf einige Dutzend oder sogar auf hundert zu erhöhen. Mir scheint, unserem Zentralkomitee würden falls wir eine solche Reform nicht vornehmen, große Gefahren drohen, wenn sich der Gang der Ereignisse nicht ganz günstig für uns gestaltet (damit müssen wir aber rechnen).

Sodann möchte ich der Aufmerksamkeit des Parteitags empfehlen, den Beschlüssen der Staatlichen Plankommission unter bestimmten Voraussetzungen gesetzgebenden Charakter zu verleihen, diesbezüglich also Gen. Trotzki bis zu einem gewissen Grad und unter gewissen Bedingungen entgegenzukommen.

Was den ersten Punkt betrifft, d.h. die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK, so glaube ich, daß es nötig ist, sowohl um die Autorität des ZK zu heben als auch um ernsthaft an der Verbesserung unseres Apparats zu arbeiten und um zu verhindern, daß Konflikte kleiner Teile des ZK eine übermäßig große Bedeutung für das ganze Schicksal der ganzen Partei erlangen könnten.

Ich glaube, daß unsere Partei das Recht hat, von der Arbeiterklasse 50-100 Mitglieder des ZK zu verlangen, und daß sie diese von ihr ohne übermäßige Anspannung ihre Kräfte erhalten kann.

Eine solche Reform würde unsere Partei erheblich festigen und ihren Kampf erleichtern, den sie inmitten feindlicher Staaten zu führen hat, und der sich meiner Meinung nach in den nächsten Jahren zuspitzen kann und muß. Mir scheint, daß unsere Partei durch eine solche Maßnahme tausendfach an Stabilität gewinnen würde.

Lenin

23. XII. 1922

II (Lenins Testament)

Fortsetzung der Aufzeichnungen

24. Dezember 1922

Unter die Stabilität des Zentralkomitees, von der ich oben gesprochen habe, verstehe ich Maßnahmen gegen eine Spaltung, insoweit solche Maßnahmen überhaupt getroffen werden können. Denn der Weißgardist in der „Russkaja Mysl“ (ich glaube es war S. F. Oldenberg) hatte natürlich recht, als er erstens seine Hoffnung in dem Spiel dieser Leute gegen Sowjetrußland auf eine Spaltung unserer Partei setzte und als er zweitens seine Hoffnungen hinsichtlich dieser Spaltung auf sehr ernste Meinungsverschiedenheiten in der Partei setzte.

Unsere Partei stützt sich auf zwei Klassen, und deshalb ist ihre Instabilität möglich und ihr Sturz unvermeidlich, wenn es dahin käme, daß zwischen diesen beiden Klassen kein Einvernehmen erzielt werden könnte. Es ist zwecklos, für diesen Fall diese oder jene Maßnahme zu treffen und überhaupt von der Stabilität unseres ZK zu sprechen. Keinerlei Maßnahmen werden in diesem Fall eine Spaltung verhindern können. Ich hoffe jedoch, das liegt in allzu ferner Zukunft und ist ein allzu unwahrscheinliches Ereignis, als daß man darüber sprechen müßte.

Ich meine mit Stabilität die Garantie vor einer Spaltung in allernächster Zeit und beabsichtige, hier eine Reihe von Erwägungen rein persönlicher Natur anzustellen.

Ich denke, ausschlaggebend sind in der Frage der Stabilität unter diesem Gesichtspunkt solche Mitglieder des ZK wie Stalin und Trotzki. Die Beziehungen zwischen ihnen stellen meines Erachtens die größere Hälfte der Gefahr jener Spaltung dar, die vermieden werden könnte und zu deren Vermeidung meiner Meinung nach unter anderem die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK auf 50, auf 100 Personen dienen soll.

Gen. Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermeßliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, daß er es immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen. Andererseits zeichnet sich Gen. Trotzki, wie schon sein Kampf gegen das ZK in der Frage des Volkskommisariats für Verkehrswesen bewiesen hat, nicht nur durch hervorragende Fähigkeiten aus. Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß von Selbstbewußtsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat.

Diese zwei Eigenschaften zweier hervorragender Führer des gegenwärtigen ZK können unbeabsichtigt zu einer Spaltung führen, und wenn unsere Partei nicht Maßnahmen ergreift, um das zu verhindern, so kann die Spaltung überraschend kommen.

Ich will die persönlichen Eigenschaften der anderen Mitglieder des ZK nicht weiter charakterisieren. Ich erinnere nur daran, daß die Episode mit Sinowjew und Kamenjew im Oktober natürlich kein Zufall war, daß man sie ihnen aber ebensowenig als persönliche Schuld anrechnen kann wie Trotzki den Nichtboltschewismus.

Was die jungen Mitglieder des ZK betrifft, so möchte ich einige Worte über Bucharin und Pjatakow sagen. Das sind meines Erachtens die hervorragendsten Kräfte (unter den jüngsten Kräften) und ihnen gegenüber sollte man folgendes im Auge haben: Bucharin ist nicht nur ein überaus wertvoller und bedeutender Theoretiker der Partei, er gilt auch mit Recht als Liebling der ganzen Partei, aber seine theoretischen Anschauungen können nur mit sehr großen Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden, denn in ihm steckt etwas Scholastisches (er hat die Dialektik nie studiert und, glaube ich, nie vollständig begriffen).

25. XII. Nun zu Pjatakow. Er ist zweifellos ein Mensch mit großer Willenskraft und glänzenden Fähigkeiten, der jedoch einen allzu starken Hang für das Administrieren und für administrative Maßnahmen hat, als daß man sich in einer ernsten politischen Frage auf ihn verlassen könnte.

Natürlich mache ich die eine wie die andere Bemerkung nur für die Gegenwart und für den Fall; daß diese beiden hervorragenden und ergebenen Funktionäre keine Gelegenheit finden sollten, ihr Wissen zu erweitern und ihre Einseitigkeit zu überwinden.

Lenin

25. XII. 1922

Ergänzung zum Brief vom 24. Dezember 1922

Stalin ist zu grob, und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen an diese Stelle zu setzen, der sich in jeder Hinsicht von Gen. Stalin nur durch einen Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, daß er toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launenhaft usw. ist. Es könnte so scheinen, als sei dieser Umstand eine winzige Kleinigkeit. Ich glaube jedoch, unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung einer Spaltung und unter dem Gesichtspunkt der von mir oben geschilderten Beziehungen zwischen Stalin und Trotzki ist das keine Kleinigkeit, oder eine solche Kleinigkeit, die entscheidende Bedeutung erlangen kann.

Lenin

Über das Zentralkomitee

III

Fortsetzung der Aufzeichnungen.

26. Dezember 1922

Die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK auf 50 oder sogar 100 Personen soll meines Erachtens einem doppeltem oder sogar dreifachen Ziel dienen: Je mehr Mitglieder dem ZK angehören, desto mehr Genossen werden in der ZK-Arbeit geschult und desto geringer wird die Gefahr einer Spaltung auf Grund irgendeiner Unvorsichtigkeit sein. Die Einbeziehung vieler Arbeiter in das ZK wird den Arbeitern helfen, unseren Apparat zu verbessern, der unter aller Kritik ist. Im Grunde genommen wurde uns von altem Regime hinterlassen, denn es war völlig unmöglich, ihn in so kurzer Zeit, besonders während des Krieges, der Hungersnot usw umzugestalten. Daher kann man den „Kritikern“, die uns spöttisch oder boshaft mit Hinweisen auf die Defekte unseres Apparates aufwarten, ruhig antworten, daß diese Leute die Bedingungen der gegenwärtigen Revolution absolut nicht begreifen. Den Apparat in einem Jahrfünft hinreichend umzugestalten ist überhaupt unmöglich, besonders unter den Bedingungen, unter denen sich die Revolution bei uns vollzogen hat. Es genügt, daß wir in fünf Jahren einen Staat von neuem Typus geschaffen haben, in dem die Arbeiter, gefolgt von den Bauern, gegen die Bourgeoisie vorgehen, auch das ist angesichts der feindlichen internationalen Umgebung eine gigantische Leistung. Aber dieses Bewußtsein darf uns den Blick nicht dafür trüben, daß wir im Grunde den alten Apparat vom Zaren und von der Bourgeoisie übernommen haben und daß jetzt, nachdem der Frieden gekommen und der minimale Bedarf zur Stillung des Hungers gesichert ist, alle Arbeit darauf gerichtet sein muß, den Apparat zu verbessern.

Ich stelle mir die Sache so vor, daß einige Dutzend Arbeiter, die Mitglieder des ZK werden, sich besser als irgend jemand sonst damit befassen können, unseren Apparat zu überprüfen, zu verbessern und nezugestalten. Die Arbeiter- und Bauerninspektion, die diese Funktion zunächst innehatte, erwies sich als außerstande, ihr gerecht zu werden, und kann lediglich als „Anhängsel“ oder unter bestimmten Voraussetzungen als Helferin dieser Mitglieder des ZK Verwendung finden. Die Arbeiter, die ins ZK aufzunehmen sind, dürfen meiner Meinung nach vorwiegend nicht unter jene Arbeitern aus gewählt werden, die einen langen Sowjetdienst durchgemacht haben (in diesem Teil meines Briefes zähle ich zu den Arbeitern überall auch die Bauern), weil sich bei diesen Arbeitern schon bestimmte Traditionen und bestimmte Vorurteile herausgebildet haben, die wir gerade bekämpfen wollen.

Arbeitermitglieder des ZK sollen vorwiegend Arbeiter sein, die unter jener Schicht stehen, welche bei uns in den fünf Jahren in die Reihen der Sowjetangestellten

aufgezückt ist, und mehr zu den einfachen Arbeitern und zu den Bauern gehören, die jedoch nicht direkt oder indirekt unter der Kategorie der Ausbeuter fallen. Ich glaube, daß solche Arbeiter, die in allen Sitzungen des ZK, in allen Sitzungen des Politbüros anwesend sind und alle Dokumente des ZK lesen, einen Stamm ergebener Anhänger der Sowjetordnung bilden können, die erstens fähig sind, dem ZK selbst Stabilität zu verleihen, und die zweitens imstande sind, wirklich an der Erneuerung und Verbesserung des Apparats zu arbeiten.

Lenin

26. XII. 1922

Über die Ausstattung der staatlichen Plankommission mit gesetzgeberischen Funktionen

(Lenin-Werke Band 36, S. 583-587)

Diesen Gedanken hat Gen. Trotzki, scheint mir schon vor langem geäußert. Ich trat dagegen auf, weil ich der Ansicht war, daß sich dann im System unserer gesetzgeberischen Institution eine tiefgehende Unstimmigkeit zeigen werde. Aber nach aufmerksamer Prüfung finde ich, daß der Gedanke eigentlich einen gesunden Kern hat, nämlich: die Staatliche Plankommission steht etwas abseits von unserem gesetzgeberischen Institutionen, obwohl sie als ein Gremium von Fachleuten, Experten, Vertretern der Wissenschaft und Technik im Grunde die meisten Voraussetzungen besitzt, um die Dinge richtig zu beurteilen.

Indessen sind wir bisher von dem Standpunkt ausgegangen, daß die Staatliche Plankommission dem Staat kritisch gesichtetes Material zu liefern hat, während die staatlichen Institutionen über die staatlichen Angelegenheiten entscheiden sollen. Ich glaube, bei der gegenwärtigen Lage, da sich die staatlichen Angelegenheiten ungewöhnlich kompliziert haben, da auf Schritt und Tritt abwechselnd Fragen zu lösen sind, die ein Gutachten nicht erfordern, ja mehr noch, Angelegenheiten zu entscheiden sind, in denen einige Punkte ein Gutachten der Staatlichen Plankommission erfordern, während andere Punkte ein solches Gutachten nicht erfordern – ich glaube, daß man jetzt einen Schritt in der Richtung machen soll, die Kompetenzen der Staatlichen Plankommission zu erweitern.

Ich denke mir diesen Schritt so, daß die Beschlüsse der Staatlichen Plankommission nicht im üblichen Sowjetverfahren umgestoßen werden könnten, sondern zu ihrer Abänderung eines besonderen Verfahrens bedürften, indem man beispielsweise die Frage auf einer Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees vorbringt, eine neue Beschlußfassung darüber an Hand einer besonderen Instruktion vorbereitet, hierbei aufgrund besonderer Regeln schriftliche Berichte verfaßt, um

abzuwägen, ob der betreffende Beschluß der Staatlichen Plankommission aufzuheben ist, und schließlich, indem man besondere Fristen für die Abänderung eines Beschlusses der Staatlichen Plankommission festlegt usw.

In dieser Hinsicht, denke ich, kann und muß man Gen. Trotzki entgegenkommen, nicht aber darin, daß entweder jemand aus dem Kreis unserer politischen Führer oder der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrats usw. der Staatlichen Plankommission vorstehen soll. Mir scheint, daß hier mit der prinzipiellen Frage gegenwärtig allzu eng die persönliche Frage verflochten ist. Ich denke, die Vorwürfe, die wir jetzt gegen den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gen. Krshishanowski, und seinen Stellvertreter, Gen. Pjatakow, hören, Vorwürfe, die wechselseitig erhoben werden, so daß wir einerseits Beschuldigungen wegen allzu großer Nachgiebigkeit, wegen Unselbständigkeit und Charakterlosigkeit und andererseits Beschuldigungen wegen allzu großer Schroffheit, wegen Feldwebelmanieren, ungenügend solider wissenschaftlicher Vorbildung usw. hören – ich denke, daß diese Vorwürfe zwei Seiten der Sache, ins Extrem gesteigert, zum Ausdruck bringen und daß wir in Wirklichkeit in der Staatlichen Plankommission eine kluge Verbindung zweier Charaktertypen brauchen, wobei Pjatakow für den einen und Krshishanowski für den anderen als Muster dienen kann.

Ich glaube, daß an der Spitze der Staatlichen Plankommission ein Mann stehen muß, der wissenschaftlich gebildet ist, und zwar gerade auf technischem oder agronomischem Gebiet, über eine große, jahrzehntelange Arbeitserfahrung in der Technik oder Agronomie verfügt. Ich glaube, ein solcher Mann muß weniger die Eigenschaften eines Administrator besitzen als reiche Erfahrung und die Fähigkeit, Menschen zu gewinnen.

Lenin

27. XII. 1922

Niederschrift M. W.

V

Fortsetzung des Briefes
über den gesetzgeberischen Charakter
der Beschlüsse der Staatlichen Plankommission.

28. XII. 1922

Ich habe bei einigen unserer Genossen, die fähig sind, die Lenkung der staatlichen Angelegenheiten entscheidend zu beeinflussen, die Tendenz festgestellt, die administrative Seite zu übertreiben, die natürlich am rechten Ort und zur rechten Zeit notwendig ist, die man aber mit der wissenschaftlichen Seite, mit der Erfassung

der breiten Wirklichkeit, mit der Fähigkeit, Menschen zu gewinnen, usw. nicht wechseln darf.

In jeder staatlichen Institution, besonders in der Staatlichen Plankommission, ist die Vereinigung dieser zwei Eigenschaften notwendig, und als mir Gen. Krshishanowski sagte, er habe Pjatakow für die Staatliche Plankommission gewonnen und sich mit ihm über die Arbeit verständigt, erklärte ich mich damit einverstanden, hegte aber einerseits im stillen gewisse Zweifel, während ich andererseits manchmal hoffte, daß wir hier eine Kombination beider Typen von Staatsmännern erhalten. Ob sich diese Hoffnung erfüllt hat, muß man jetzt abwarten und auf Grund etwas längerer Erfahrung beurteilen, aber im Prinzip, glaube ich, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß eine solche Verbindung von Charakteren und Typen (Menschen, Eigenschaften) für das richtige Funktionieren der staatlichen Institutionen unerlässlich ist. Ich denke, übertriebene „Administriererei“ ist hier ebenso schädlich wie überhaupt jede Übertreibung. Der Leiter einer staatlichen Institution muß in höchsten Grade die Fähigkeit besitzen, Menschen zu gewinnen, und zugleich über hinreichend solide wissenschaftliche und technische Kenntnisse verfügen, damit er ihre Arbeit kontrollieren kann. Das ist das Grundlegende. Fehlt es daran, so kann es keine richtige Arbeit geben. Andererseits ist es sehr wichtig, daß er zu administrieren versteht und dafür einen geeigneten Gehilfen oder deren mehrere hat. Die Vereinigung dieser beiden Eigenschaften in einer Person dürfte wohl kaum vorkommen und wohl kaum erforderlich sein.

Lenin

Niederschrift: L. F.

28. XII. 1922

VI

Fortsetzung der Aufzeichnung
über die Staatliche Plankommission
29. Dezember 1922

Die Staatliche Plankommission entwickelt sich bei uns offenbar allseitig zu einer Expertenkommission. An der Spitze einer solchen Institution muß unbedingt jemand mit großer Erfahrung und vielseitiger wissenschaftlicher Bildung auf dem Gebiet der Technik stehen. Die administrierende Kraft darf hier, im Grunde genommen, nur eine Stütze sein. Eine gewisse Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Staatlichen Plankommission ist vom Standpunkt der Autorität dieser wissenschaftlichen Institution unerlässlich und setzt nur eines voraus, nämlich Gewissenhaftigkeit ihrer Mitarbeiter

und deren gewissenhaftes Bemühen, unseren Plan des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaus in die Tat umzusetzen.

Diese letzte Eigenschaft kann man jetzt selbstredend nur als Ausnahme antreffen, denn die überwiegende Mehrheit der Wissenschaftler, aus denen sich die Staatliche Plankommission natürlicherweise zusammensetzt, ist unvermeidlich mit bürgerlichen Anschauungen und bürgerlichen Vorurteilen infiziert. Sie diesbezüglich zu kontrollieren, muß die Aufgabe einiger Personen sein, die das Präsidium der Staatlichen Plankommission bilden können; sie müssen Kommunisten sein und im Verlauf der Arbeit Tag für Tag verfolgen, inwieweit die bürgerlichen Wissenschaftler ergeben sind, sich von den bürgerlichen Vorurteilen lossagen und auch wie sie allmählich zum Standpunkt des Sozialismus übergehen. Diese doppelte Arbeit einer solchen wissenschaftlichen Kontrolle im Verein mit rein administrativer Arbeit sollte das Ideal der Leiter der Staatlichen Plankommission unserer Republik sein.

Lenin

Niederschrift: M. W.

29. Dezember 1922

Ist es zweckmäßig, die von der Staatlichen Plankommission zu leistende Arbeit in einzelne Aufträge zu gliedern, oder sollte man nicht umgekehrt danach streben, einen Kreis ständiger Spezialisten zu schaffen, die durch das Präsidium der Staatlichen Plankommission systematisch kontrolliert würden und alle Fragen, für die die Staatliche Plankommission zuständig ist, in ihrer Gesamtheit lösen können? Ich glaube, letzteres wäre zweckmäßiger, und man sollte danach streben, die Zahl der zeitweiligen und dringlichen Einzelaufgaben zu verringern.

Lenin

29. Dezember 1922

Niederschrift: M. W.

VII

Fortsetzung der Aufzeichnungen.

29. Dezember 1922

(zum Abschnitt über die Erhöhung der Zahl der ZK Mitglieder)

(Lenin-Werke Band 36, S. 588-589)

Wird die Zahl der Mitglieder des ZK erhöht, so muß man sich meines Erachtens auch und wohl hauptsächlich damit befassen, unseren Apparat, der absolut nichts taugt, zu überprüfen und zu verbessern. Zu diesem Zweck müssen wir die Dienste

hochqualifizierter Spezialisten in Anspruch nehmen, und es muß die Aufgabe der Arbeiter- und Bauerninspektion sein, diese Spezialisten zu stellen.

Wie man die Arbeit dieser Kontrollspezialisten, die ausreichende Kenntnisse haben, und dieser neuen Mitglieder des ZK verbindet – diese Aufgabe muß in der Praxis gelöst werden.

Mir scheint, die Arbeiter- und Bauerninspektion hat (infolge ihrer Entwicklung und infolge unseres Befremdens über ihre Entwicklung) als Ergebnis das gezeigt, was wir jetzt beobachten, nämlich einen Übergangszustand von einem besonderen Volkskommissariat zu einer besonderen Funktion von Mitgliedern des ZK; von einer Institution, die alle und alles revidiert, zu einem Gremium nicht sehr zahlreicher, aber erstklassiger Revisoren, die gut bezahlt werden müssen. (Das ist besonders notwendig in unserem Jahrhundert, in dem für alles gezahlt werden muß, und angesichts des Umstands, daß die Revisoren direkt im Dienste jene Institutionen stehen, von denen sie am besten bezahlt werden.)

Wird die Zahl der Mitglieder des ZK entsprechend erhöht und werden diese Mitglieder mit Hilfe solcher hochqualifizierten Spezialisten und auf allen Gebieten kompetenten Mitglieder der Arbeiter- und Bauerninspektion Jahr für Jahr einen Lehrgang in Staatsverwaltung durchmachen, so werden wir, glaube ich, diese Aufgabe, mit der wir so lange nicht fertig werden konnten, erfolgreich lösen.

Also noch einmal – bis zu 100 Mitglieder des ZK und nicht mehr als 400-500 Helfer, Mitarbeiter der Arbeiter- und Bauerninspektion, die im Auftrag diese ZK-Mitglieder Revisionen vornehmen.

Lenin

29. Dezember 1922

Niederschrift: M. W.

Über die Frage der Nationalitäten und Stalin

Fortsetzung der Aufzeichnungen

30. Dezember 1922

Zur Frage der Nationalitäten oder der „Autonomisierung“

(Lenin-Werke Band 36, S. 590-596)

Es scheint, ich habe mich vor den Arbeitern Rußlands sehr schuldig gemacht, weil ich mich nicht mit genügender Energie und Schärfe in die ominöse Frage der Autonomisierung eingemischt habe, die offiziell, glaube ich, als Frage der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bezeichnet wird.

Im Sommer, als diese Frage auftauchte, war ich krank, und dann, im Herbst, setzte ich allzu große Hoffnungen auf meine Genesung und darauf, daß es mir auf dem Oktober- und Dezemberplenium möglich sein würde, mich in diese Frage einzuschalten. Indessen konnte ich weder auf dem Oktoberplenium (bei diesem Punkt) noch auf dem Dezemberplenium anwesend sein, so daß diese Frage fast völlig ohne mich behandelt wurde.

Ich konnte lediglich mit Gen. Dzierzynski sprechen, der vom Kaukasus gekommen war und mir erzählte, wie diese Frage in Georgien steht. Auch mit Gen. Sinowjew konnte ich ein paar Worte wechseln und ihm meine Befürchtungen hinsichtlich dieser Frage mitteilen. Auf Grund dessen, was Gen. Dzierzynski berichtete, der die Kommission leitete, die vom Zentralkomitee mit der „Untersuchung“ des georgischen Zwischenfalls betraut worden war, konnte ich nur die größten Befürchtungen hegen. Wenn es so weit gekommen war, daß Ordshonikidse sich zu physischer Gewaltanwendung hinreißen ließ, wie mir Gen. Dzierzynski mitteilte, so kann man sich vorstellen, in welchem Sumpf wir gelandet sind. Offenbar war dieses ganze Unterfangen mit der „Autonomisierung“ von Grund aus falsch und unzeitgemäß.

Man sagt, die Einheit des Apparats sei nötig gewesen. Woher aber stammten diese Behauptungen? Doch wohl vom demselben russischen Apparat, den wir, wie ich schon in einer früheren Aufzeichnung meines Tagebuchs feststellte, vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt haben.

Zweifellos hätte man mit dieser Maßnahme so lange warten sollen, bis wir sagen konnten, daß wir uns für unseren Apparat wirklich wie für den eigenen verbürgen. Jetzt aber müssen wir, wenn wir ehrlich sein wollen, umgekehrt sagen, daß wir einen Apparat als eigenen bezeichnen, der uns in Wirklichkeit noch durch und durch fremd ist und ein bürgerlich-zaristisches Gemisch darstellt, das wir beim besten Willen in den fünf Jahren nicht umformen konnten, in denen uns die Hilfe anderer Länder fehlte und wir uns vorwiegend militärisch „betätigten“ und die Hungersnot bekämpften.

Unter diesen Umständen ist es ganz natürlich, daß sich die „Freiheit des Austritts aus der Union“, mit der wir uns rechtfertigen, als ein wertloser Fetzen Papier herausstellen wird, der völlig ungeeignet ist, die nichtrussischen Einwohner Rußlands vor der Invasion jenes echten Russen zu schützen, des großrussischen Chauvinisten, ja im Grunde Schurken und Gewalttäters, wie es der typische russische Bürokrat ist. Kein Zweifel, daß der verschwindende Prozentsatz sowjetischer und sowjetisierter Arbeiter in diesem Meer des chauvinistischen großrussischen Packs ertrinken wird wie die Fliege in der Milch.

Man sagt zur Verteidigung dieser Maßnahme, die Volkskommisariate, die mit der nationalen Mentalität, dem nationalen Bildungswesen unmittelbar zu tun haben, seien ausgesondert worden. Doch hier ergibt sich die Frage, ob man diese Volkskommisariate völlig aussondern kann, und die zweite Frage, ob wir mit genügender

Sorgfalt Maßnahmen getroffen haben, um die Nichtrussen tatsächlich vor dem echt russischen Derschmorda zu schützen. Ich glaube, wir haben diese Maßnahmen nicht getroffen, obwohl wir sie hätten treffen können und müssen.

Mir scheint, hier haben Stalins Eilfertigkeit und sein Hang zum Administrieren wie auch seine Wut auf den ominösen „Sozialnationalismus“ eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Wut ist in der Politik gewöhnlich überhaupt von größtem Übel.

Ich fürchte auch, daß Gen. Dzierzynski, der nach dem Kaukasus gefahren war, um die „Verbrechen“ dieser „Sozialnationalisten“ zu untersuchen, sich hier ebenfalls nur durch seine echte russische Gesinnung hervorgetan hat (bekanntlich neigen die russifizierten Nichtrussen stets zur Übertreibung, was die echt russische Gesinnung betrifft) und daß die Unvoreingenommenheit seiner ganzen Kommission durch Ordshonikidses „Handgreiflichkeit“ hinreichend charakterisiert wird. Ich meine diese russische Handgreiflichkeit läßt sich durch keine Provokation und sogar durch keine Beleidigung rechtfertigen, und Gen. Dzierzynski hat eine nicht wiedergutzumachende Schuld auf sich geladen, weil er sich leichtfertig zu dieser Handgreiflichkeit verhielt.

Ordshonikidse verkörperte gegenüber allen anderen Bürger im Kaukasus die Staatsmacht. Ordshonikidse hatte kein Recht zu jener Gereiztheit, auf die er und Dzierzynski sich beriefen. Ordshonikidse war im Gegenteil verpflichtet, eine solche Zurückhaltung zu üben, wie sie kein einziger gewöhnlicher Bürger üben muß, um so weniger einer, der eines „politischen“ Verbrechens angeklagt ist. Und die Sozialnationalisten waren ja, im Grunde genommen, Bürger, die eines politischen Verbrechens angeklagt waren, und die ganzen Umstände konnten diese Anklage nur so und nicht anders qualifizieren.

Hier ergibt sich bereits die wichtige prinzipielle Frage: Wie ist der Internationalismus zu verstehen.

Lenin

30. XII 1922

Niederschrift: M. W.

Fortsetzung der Aufzeichnungen

31. Dezember 1922

Zur Frage der Nationalitäten oder der „Autonomisierung“ (Fortsetzung)

Ich habe bereits in meinen Schriften über die nationale Frage geschrieben, daß es nicht angeht, abstrakt die Frage des Nationalismus im allgemeinen zu stellen. Man muß unterscheiden zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden Nation

und dem Nationalismus einer unterdrückten Nation, zwischen dem Nationalismus einer großen Nation und dem Nationalismus einer kleinen Nation.

Was die zweite Art von Nationalismus betrifft, so haben wir Angehörigen einer großen Nation uns in der geschichtlichen Praxis fast immer einer Unzahl von Gewalttaten schuldig gemacht, ja mehr als das, unmerklich für uns selbst fügen wir den anderen eine Unzahl von Gewalttaten und Beleidigungen zu – ich brauche mir nur meine Wolgazeit ins Gedächtnis zurückzurufen und mich daran zu erinnern, wie man bei uns die Nichtrussen behandelt, wie man einen Polen nicht anders denn „Polacken“ nennt, jeden Tataren als „Fürsten“ verspottet, den Ukrainer nur beim Spitznamen „Chochol“ ruft, alle Georgier und die Angehörigen anderer kaukasischer Stämme als „Kapkaser“ verhöhnt.

Deshalb muß der Internationalismus seitens der unterdrückenden oder sogenannten „großen“ Nation (obzwar groß nur durch ihre Gewalttaten, groß nur in dem Sinne, wie ein Dershimorda³⁰ groß ist) darin bestehen, nicht nur die formale Gleichheit der Nationen zu beachten, sondern auch solch eine Ungleichheit anzuerkennen, die seitens der unterdrückenden Nation, der großen Nation, jene Ungleichheit aufwiegt, die sich faktisch im Leben ergibt. Wer das nicht begriffen hat, der hat die wirklich proletarische Einstellung zur nationalen Frage nicht begriffen, der ist im Grunde auf dem Standpunkt des Kleinbürgertums stehengeblieben und muß deshalb unweigerlich ständig zum bürgerlichen Standpunkt abgleiten.

Was ist für den Proletarier wichtig? Für den Proletarier ist nicht nur wichtig, sondern geradezu lebensnotwendig, sich seitens des Nichtrussen ein Maximum von Vertrauen im proletarischen Klassenkampf zu sichern. Was ist dazu nötig? Dazu ist nicht nur die formale Gleichheit nötig. Dazu ist nötig, durch sein Verhalten oder durch seine Zugeständnisse gegenüber den Nichtrussen so oder anders das Mißtrauen, den Argwohn zu beseitigen, jene Kränkungen aufzuwiegen, die ihm in der geschichtlichen Vergangenheit von der Regierung der „Großmacht“ nation zugefügt worden sind.

Ich denke, für Bolschewiki, für Kommunisten ist es überflüssig, das noch weiter und eingehend zu erklären. Und ich glaube, im gegebenen Fall, in dem es sich um die georgische Nation handelt, haben wir ein typisches Beispiel dafür, wo eine wahrhaft proletarische Einstellung größte Vorsicht, Zuvorkommenheit und Nachgiebigkeit unserseits erfordert. Ein Georgier, der sich geringschätzig zu dieser Seite der Sache verhält, der leichtfertig mit Beschuldigungen des „Sozialnationalismus“ um sich wirft (während er selbst ein wahrer und echter „Sozialnationalist“, ja mehr noch, ein brutaler großrussischer Dershimorda³⁰ ist), ein solcher Georgier verletzt im Grunde genommen die Interessen der proletarischen Klassensolidarität, weil nichts die Entwicklung und Festigung der proletarischen Klassensolidarität so sehr hemmt wie die nationale Ungerechtigkeit und weil die „gekränkten“ nationalen Minderheiten für nichts ein so feines Gefühl haben wie für die Gleichheit und für die

Verletzung dieser Gleichheit, sei es auch nur aus Fahrlässigkeit, sei es auch nur im Scherz, für die Verletzung dieser Gleichheit durch ihre Genossen Proletarier. Deshalb ist in diesem Falle ein Zuviel an Entgegenkommen und Nachgiebigkeit gegenüber den nationalen Minderheiten besser als ein Zuwenig. Deshalb erfordert in diesem Falle das grundlegende Interesse der proletarischen Solidarität und folglich auch des proletarischen Klassenkampfes, daß wir uns zur nationalen Frage niemals formal verhalten, sondern stets den obligatorischen Unterschied im Verhalten des Proletariats einer unterdrückten (oder kleinen) Nation zur unterdrückenden (oder großen) Nation berücksichtigen.

Lenin

Niederschrift: M. W.

31. XII. 1922

Fortsetzung der Aufzeichnungen

31. Dezember 1922

Was für praktische Maßnahmen sind nun bei der entstandenen Lage zu ergreifen?

Erstens muß man die Union der Sozialistischen Republiken bestehen lassen und festigen; über diese Maßnahme kann kein Zweifel sein. Wir brauchen sie ebenso wie das kommunistische Weltproletariat für den Kampf gegen die Weltbourgeoisie und für die Verteidigung gegen ihre Intrigen.

Zweitens muß man die Union der Sozialistischen Republiken, was den diplomatischen Apparat betrifft, bestehen lassen. Nebenbei bemerkt, bildet dieser Apparat eine Ausnahme in unserem Staatsapparat. Wir haben dort keine einzige irgendwie einflußreiche Person aus dem alten zaristischen Apparat zugelassen. Der ganze irgendwie maßgebende Apparat besteht dort aus Kommunisten. Deshalb hat dieser Apparat schon (das kann man ohne weiteres sagen) den Ruf eines bewährten kommunistischen Apparats erworben, der in unvergleichlich, unermesslich höherem Maße von dem alten zaristischen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen Apparat gesäubert ist als jener, mit dem wir uns in den anderen Volkskommissariaten behelfen müssen.

Drittens muß man Gen. Ordshonikidse exemplarisch bestrafen (ich sage das mit um so größerem Bedauern, als ich persönlich zu seinen Freunden gehöre und im Ausland, in der Emigration mit ihm zusammengearbeitet habe) sowie alle Materialien der Kommission Dzierzynskis nachträglich prüfen bzw. neu untersuchen, um die Unmenge von Unrichtigkeiten und unvoreingenommenen Urteilen, die es dort

zweifellos gibt, zu korrigieren. Politisch verantwortlich für diese ganze wahrhaft großrussischnationalistische Kampagne müssen natürlich Stalin und Dzierzynski gemacht werden.

Viertens muß man äußerst strenge Vorschriften hinsichtlich des Gebrauchs der nationalen Sprache in den nichtrussischen Republiken erlassen, die unserer Union angehören, und die Befolgung dieser Vorschriften besonders sorgfältig kontrollieren. Zweifellos werden bei uns, wie unser Apparat heute beschaffen ist, unter dem Vorwand des einheitlichen Eisenbahnbetriebs, unter dem Vorwand des einheitlichen Fiskus usw. eine Menge von Mißbräuchen echt russischer Art Platz greifen. Für den Kampf gegen diese Mißbräuche bedarf es besonderer Findigkeit, ganz zu schweigen von der besonderen Aufrichtigkeit jener, die einen solchen Kampf aufnehmen. Hier ist ein detaillierter Kodex nötig, den nur die Angehörigen der Nation, die in der betreffenden Republik leben, einigermaßen erfolgreich zusammenstellen können. Dabei soll man keinesfalls von vornherein die Möglichkeit ausschließen, daß man auf Grund dieser ganzen Arbeit auf dem nächsten Sowjetkongreß wieder einen Schritt zurückmacht, d.h. die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nur in militärischer und diplomatischer Hinsicht bestehen läßt, in jeder anderen Hinsicht aber die volle Selbstständigkeit der einzelnen Volkskommissariate wiederherstellt.

Man muß in Betracht ziehen, daß die Zersplittung der Volkskommissariate und die fehlende Koordinierung ihrer Arbeit mit Moskau und den anderen Zentren durch die Autorität der Partei ausreichend wettgemacht werden kann, wenn von dieser Autorität einigermaßen umsichtig und unvoreingenommen Gebrauch gemacht wird; der Schaden, der unserem Staat daraus entstehen kann, daß die nationalen Apparate mit dem russischen Apparat nicht vereinigt sind, ist unermesslich geringer, unendlich geringer als jener Schaden, der nicht nur uns erwächst, sondern auch der ganzen Internationale, den Hunderte Millionen zählenden Völkern Asiens, dem in der nächsten Zukunft bevorsteht, nach uns ins Rampenlicht der Geschichte zu treten. Es wäre unverzeihlicher Opportunismus, wenn wir am Vorabend dieses Auftretens des Ostens, zu Beginn seines Erwachens, die Autorität, die wir dort haben, auch nur die kleinste Grobheit und Ungerechtheit gegenüber unseren eigenen nichtrussischen Völkern untergraben würden. Eine Sache ist die Notwendigkeit, uns gegen die westlichen Imperialisten zusammenzuschließen, die die kapitalistische Welt verteidigen. Hier kann es keine Zweifel geben, und ich brauche nicht erst zu sagen, daß ich diese Maßnahmen rückhaltlos gutheiße. Eine andere Sache ist es, wenn wir selbst, sei es nur in Kleinigkeiten, in imperialistische Beziehungen zu den unterdrückten Völkern hineinschlittern und dadurch unsere ganze prinzipielle Aufrichtigkeit, unsere ganze prinzipielle Verteidigung des Kampfes gegen den Imperialismus völlig untergraben. Denn der morgige Tag der Weltgeschichte wird eben der Tag sein, an dem die vom Imperialismus unterdrückten Völker, die sich schon regen, endgültig

erwachen werden, an dem der lange und schwere Entscheidungskampf um ihre Befreiung beginnen wird.

Lenin

31. XII. 1922

Niederschrift M. W.

An L. D. Trotzki

Streng vertraulich

Persönlich

Werter Gen. Trotzki!

Ich möchte Sie sehr bitten, die Verteidigung der georgischen Angelegenheit vor dem ZK der Partei zu übernehmen. Diese Sache wird gegenwärtig von Stalin und Dzierzynski „verfolgt“, und ich kann mich auf deren Unvoreingenommenheit nicht verlassen. Sogar ganz im Gegenteil. Wenn Sie einverstanden wären, die Verteidigung zu übernehmen, dann könnte ich ruhig sein. Sollten Sie aus irgendeinem Grund nicht einverstanden sein, dann schicken Sie mir das ganze Material zurück. Ich werde das als Zeichen ihrer Ablehnung betrachten.

Mit bestem kameradschaftlichem Gruß

Lenin

Telefonisch diktiert am

5. März 1923

(Lenin-Briefe Band 9, S. 335)

An Genossen Stalin

Streng vertraulich
Persönlich

Kopie an die Genossen
Kamenew und Sinowjew

Werter Gen. Stalin!

Sie besaßen die Grobheit, meine Frau ans Telefon zu rufen und sie zu beschimpfen. Obwohl sie sich Ihnen gegenüber bereit erklärt hat, das Gesagte zu vergessen, haben Sinowjew und Kamenew diese Tatsache durch Sie selbst erfahren. Ich habe nicht die Absicht, so leicht zu vergessen, was man mir angetan hat, und selbstverständlich betrachte ich das, was man meiner Frau angetan hat, als etwas, das auch mir angetan wurde. Deshalb bitte ich Sie zu erwägen, ob Sie bereit sind, das Gesagte zurückzunehmen und sich zu entschuldigen, oder ob Sie es vorziehen, die Beziehungen zwischen uns abzubrechen.

Hochachtungsvoll Lenin

5. März 1923

(Lenin-Briefe Band 9, S. 336)

An P. G. Mdiwani,
F. J. Machardse und andere

Streng vertraulich

An die Genossen Mdiwani,
Machardse und andere

Kopie an die
Genossen Trotzki und Kamenew

Werte Genossen!

Von ganzem Herzen verfolge ich ihre Angelegenheit. Ich bin empört über die Grobheit Ordshonikidses und über die Nachsicht von Stalin und Dzierzynski. Ich bereite für Sie Briefe und eine Rede vor.

Hochachtungsvoll Lenin

6. März 23

(Lenin-Briefe Band 9, S. 336)

Anmerkungen

- 1 Lenin, Band 33, S. 37
- 2 *ibid*, S. 53
- 3 *ibid*, S. 412
- 4 Lenin, Ergänzungsband, S. 440
- 5 Lenin, Briefe Band IX, S. 265
- 6 *ibid*, S. 642
- 7 Lenin, Band 33, S. 468
- 8 *ibid*, S. 477
- 9 *ibid*, S. 482
- 10 Lenin, Ergänzungsband, S. 644
- 11 *ibid*, S. 444
- 12 *ibid*, S. 444
- 13 Trotzki, Die Fälschung der Geschichte der Russischen Revolution, S. 57
- 14 Lenin, Band 33, S. 358
- 15 Trotzki, Die Fälschung..., S. 63
- 16 Lenin, Ergänzungsband, S. 513
- 17 *ibid*, S. 514
- 18 *ibid*, S. 665
- 19 *ibid*, S. 514
- 20 Lenin, Band 33, S. 474
- 21 Der Staat
- 22 Lenin, Band 33, S. 266
- 23 L. Trotzki, Die Fälschung der Geschichte der russischen Revolution
- 24 Lenin, Ergänzungsband, S. 523
- 25 W. I. Lenin, Briefe Band IX, S. 547
- 26 *ibid*, S. 547
- 27 *ibid*, S. 547-548
- 28 Solz, A. A. – Mitglied des Präsidiums der ZKK der KPR(B)
- 29 Lenin, Ergänzungsband, S. 666
- 30 Polizist in Gogols Revesor, auf deutsch: Halt die Schnautze!

Mehr als nur eine linke Zeitung....

VORAN wird von aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Falken und Gewerkschaftern getragen, finanziert und verbreitet, die den Marxismus als lebendige Anleitung zum Handeln verstehen. Sie ist politisch und finanziell unabhängig von reichen Einzelpersonen oder Unternehmern, aber auch von der SPD- und Gewerkschaftsführung. Abhängig ist sie dagegen von ihren Lesern, Unterstützern und Abonnenten.

Zeitgemäß und realistisch sind heute angeblich Lobgesänge auf die „freie Marktwirtschaft“, da sind sich Bush, Kohl, Lafontaine und Gorbatschow einig. VORAN dagegen ist die Plattform für alle Sozialisten, die nach wie vor für die Enteignung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und den Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft eintreten. Sie richtet sich sowohl an die kritische Mitgliedschaft von SPD und Gewerkschaften als auch an parteipolitisch unorganisierte Jugendliche und Arbeiter(innen).

Seit dem ersten Erscheinen 1973 nimmt VORAN einen klaren Klassenstandpunkt ein – gegen das kapitalistische Profit- und das stalinistische Mißwirtschaftssystem, gegen die Ausbeutung der „3. Welt“.

Der Weg zur sozialistischen Demokratie führt über die sozialistische Erneuerung der Arbeiterorganisationen und den Aufbau eines starken marxistischen Flügels bei den Jusos und in der SPD. Dabei kannst auch Du mithelfen, indem Du VORAN abonnierst, politisch und finanziell unterstützt und die Zeitung weiterverbreitest.



Das gibt es jeden Monat auf 12 Seiten:

-  Aktuelle Berichte zu Angriffen von Kohl und Kapital und Gegenwehr.
-  Kritische Auseinandersetzung mit der Politik von SPD, Jusos und Gewerkschaften.
-  Internationale Berichte, Analysen und Perspektiven.
-  Theorie und Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.
-  Berichte aus Betrieb und Gewerkschaft.
-  Aktionsbeispiele von aktiven Jusos und VORAN-Unterstützern.

Bitte einschicken an: VORAN, Hansering 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504
Überweisungen auf: Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 36010043, Kto.-Nr. 256069-430



Ja, ich möchte

VORAN abonnieren

- 6 Ausgaben zu 9,60 DM
- Förderabo zu 20 DM (6 Ausgaben)

VORAN unterstützen

- und bitte um weitere Informationen
- und will VORAN weiterverkaufen und bestelle __ Exemplare (in Kommission, Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name, Anschrift, Telefon